

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werththätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. evtl. Bestellsgeb.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schönlank.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeilenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Familienfideikomnisse.

Leipzig, 22. Februar.

In der so reichen staatswissenschaftlichen Literatur unserer Zeit hat sich allmählich eine Abart ausgebildet, die, so unbedeutend sie vom Standpunkte der Wissenschaft sein mag, für den Politiker höchst interessant und beachtenswert scheint. Den Gelehrten fesseln in erster Linie jene Werke, die die neuesten Fortschritte moderner Forschung und rücksichtslosen Wahrheitsstrebens am lebendigsten verkörpern, der Politiker darf auch jene Sorte von Staatswissenschaft nicht aus dem Auge verlieren, deren Wesen, Gestalt und Farbe nicht durch die wissenschaftliche Entwicklung bestimmt wird, sondern ganz einfach ein Ergebnis der äußeren politischen Umstände ist.

Es ist ja seit jeher so gewesen, daß gewisse Herren unter den zünftigen Nationalökonomien von seiten der Politiker jene nützliche Verwendung fanden, die dem Laubfrosch in der Landwirtschaft zukommt. Mag es also schon von diesem Standpunkte aus gerechtfertigt erscheinen, wenn wir Herrn Dr. Paul Hager und seine Schrift über Familienfideikomnisse einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen, so kommt noch ein zweiter Umstand hinzu, der gerade diesen Verfasser und diese Schrift interessant macht: es ist die köstliche Naivität, mit der hier ein gelehriger Schüler des strebsamen Elster (vormals Professor in Breslau, jetzt Decernent im preussischen Kultusministerium) eine unfreiwillige Skaturlatur der „objektiven Wissenschaft“ und ihrer Methode geboten hat.

Die aus Ehrfurcht vor einem hohen Adel tollgewordene römische Rechtswissenschaft des 16. Jahrhunderts hat die Einrichtung des Fideikommisses erfunden. Ihre Lehre von der schrankenlosen Freiheit des Eigentums ebnete dem aufstrebenden handelskapitalistischen Bürgertum seine Bahn, sie gab dem Kapitalisten und dem Großgrundbesitzer die Waffe in die Hand, mit der sie den Bauer von der ererbten Scholle trieben. Wie aber, wenn der Grundbesitz von der schrankenlosen rechtlichen Befreiung auch den adeligen Großbesitz in seinen Wirbel zog? Das zu verhindern, suchte sich die juristische Theorie selbst ins Gesicht schlagen, sie mußte zu Gunsten der bevorrechteten Klasse den Grundbesitz von der erbrechtlichen Gebundenheit bestimmter Güter an bestimmte Familien aufstellen und sich so dem Adel

gegenüber selbst ihrer Gütigkeit verlustig erklären. Sie verrammelte durch ihre Sophismen den Wucherern und Güterschlächtern den Weg zum Eigentum der Großen, indes sie ihnen den Weg zum Eigentum der Kleinen willig geöffnet hatte.

Die Verfasser des Bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich haben sehr begreiflicherweise nicht den Mut gefunden, dieses Privileg des Adels zu beseitigen. Da sie aber noch viel weniger den Mut dazu fanden, dieses vorstufstulche Ungeheuer in ein modernes Gesetzbuch aufzunehmen, begingen sie eine neue juristische Inkonsequenz und ließen, während alle übrigen bürgerlichen Rechtsverhältnisse dem Reichsrecht unterstellt wurden, für die Fideikomnisse die Landesgesetzgebung in Kraft.

Herr Paul Hager kommt nun mutig hinterdrein und beweist uns haarscharf, wie recht die großen Herren hatten, als sie thaten, was ihnen zu thun beliebt hat.

Herr Hager verfährt rein wissenschaftlich und objektiv. Da muß man denn immer auch „historisch“ verfahren, selbst wenn man nur einen kleinen Auszug aus den meistgelesenen Schriften geben kann! Hat man dann dem Leser noch ein bißchen kritiklos abgedruckte amtliche Statistik vorgesetzt, aus der er u. a. die erfreuliche Tatsache entnehmen kann, daß die Fideikommissbildung in Preußen in rapidem Wachstum begriffen ist, so hat man sich selbst in den nötigen Respekt gesetzt, hat den Gegenstand der Untersuchung objektiv festgelegt, und die Untersuchung kann beginnen.

Vom heiligen Roscher und seinen Jüngern hat Herr Hager einen Satz der tiefsten Weisheit gelernt. Er lautet: Jedes Ding hat seine Vorzüge und seine Fehler. Damit ist der feste Punkt gegeben, von dem aus man die Welt aus den Angeln heben kann, und Herr Hager beginnt daher frohgemut seinen

§ 5 (I—V): Was wird für die Familienfideikomnisse geltend gemacht? Erstens, heißt es da, schützen sie die Forstkultur, zweitens erhalten sie dem Staate eine wohlhabende und leistungsfähige (?) „Aristokratie“ und liegen im Interesse der ländlichen Selbstverwaltung (nach Ansicht des Herrn Verfassers verwaltet die ländliche Bevölkerung ihre Interessen selbst, wenn sie der gnädige Herr Graf regiert!), drittens ist der Großgrundbesitz überhaupt für die Landwirtschaft förderlich und liefert — höre, Kriegsminister — Pferde für die Kavallerie. Viertens und fünftens — ja, was denn nur? Der Herr Verfasser ist nicht verlegen, die angestrebte Fünftzahl zu erreichen: viertens — bewahrt das Fideikommiss den Grundbesitz vor Zersplitterung, fünftens — ja, fünftens

„fördert es die — Erhaltung des Grundbesitzes in der Familie“.

Der naive Leser, erdrückt von der Last der Beweise, geblendet von der Reihe glänzender Namen, die zur Unterstützung der aufgestellten Sätze herbeigezogen sind, ist gefaszt, das unweigerliche Schlußurteil zu vernehmen, demzufolge die Ausnahme der adeligen Güter vom allgemeinen bürgerlichen Rechte für ewiglich fortzubestehen habe. Der naive Leser kennt die „objektive historische Methode“ nicht. Würde er sie kennen, so müßte er aus dem Schlafe selbst wissen, daß nun folgen muß:

§ 6 (I—XI): Was wird gegen die Familienfideikomnisse geltend gemacht? Der Leser sieht, Herr Hager verfährt objektiv und weiß uns in Spannung zu erhalten. Leider aber sehen wir bald, daß alles, was erstens bis elftens gegen die Fideikomnisse geltend gemacht werden kann, federleicht wiegt. Die glänzenden Namen, die als Sterne über den „Vorzügen“ strahlen, verhüllen sich in die Wolken, um die „Nachteile“ nicht bescheinen zu müssen. Was übrig bleibt, ist zumeist anonymes Gesindel, von dem ein Duzend auf ein Lot geht, und das auf die Befestigung der preussischen Katheder nicht den allergeringsten Einfluß hat. Diese Leute behaupten, die Fideikomnisse widersprechen der Gerechtigkeit, saugten den Kleinbesitz auf, legten tüchtige Hände müßig und vertrauten untüchtigen die Wirtschaft an, sie konzentrierten kolossale Vermögensmassen in einer Hand. Herr Hager weiß sie alle geduldig zu widerlegen und hat für jede offene Wunde, die da aufgezeigt wird, ein Pflasterchen bei der Hand. Aber in sittliche Entrüstung gerät er gegenüber der gottlosen Behauptung, die jüngeren Söhne des Fideikommissbesizers (die von der Erbschaft ausgeschlossen sind) erhöhen an den Staat Ansprüche auf Versorgung. „Es muß von vornherein einleuchten, daß dies mindestens für die heutige Zeit hinfällig ist.“

Herr Hager hat nun Vorteile und Nachteile reinlich auf zwei Haufen geschichtet und legt in denkender Betrachtung den Finger an seine objektive Nase: „Da die Fideikomnisse der Gesamtwirtschaft bedeutende Vorteile bieten (§ 5 und § 6 unter VIII, S. 22 ff. und 41, 42), die ihnen etwa (I) anhaftenden Nachteile sich aber wohl beseitigen lassen, so liegt ihre Aufhebung nicht nur nicht (I) im öffentlichen Interesse, sie ist sogar unerwünscht.“ Und pathetisch ruft er: „Nein, die Fideikomnisse sind reformbedürftig, aufzuheben sind sie nicht!“

Herr Hager wünscht unter anderem eine Familienfideikommissbehörde entstehen zu sehen. Die Berechtigung, Fideikommisserrichtungen zu genehmigen, dürfe aber beileibe nicht

Seuilleton.

Zwei Brüder.

Von Guy de Maupassant.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Emmy Becher.

Da Hans aber bald merkte, daß ihm kaum zuhörte, und da sein Herz ebenfalls von etwas anderem erfüllt und sein Mittelbedürfnis sehr lebhaft war, zog er sie ein wenig abseits und begann leise: „Kate, was ich gethan habe?“

„Ja . . . aber . . . das kann ich doch nicht wissen!“

„Kate!“

„Ich . . . ich weiß es nicht.“

„Nun denn, so laß Dir sagen, daß ich Frau Rosemilly um ihre Hand gebeten habe.“

Sie erwiderte nichts; das Herz war ihr so schwer, ihr armer Kopf so verwirrt vor Verzweiflung und Jammer, daß sie kaum verstand, was er sprach. Geistesabwesend wiederholte sie: „Um ihre Hand gebeten?“

„Ja, hab' ich recht gethan? Sie ist reizend, nicht wahr, Mama?“

„Gewiß . . . reizend . . . Du hast ganz recht.“

„Also Du billigst meinen Schritt?“

„O ja . . . ich billige ihn.“

„Wie sonderbar Du das sagst; man sollte fast glauben, daß Du Dich nicht darüber freust.“

„Doch, ich freue mich.“

„Wahr und wahrhaftig?“

„Wahr und wahrhaftig.“

Und um ihn davon zu überzeugen, schlang sie beide Arme um seinen Hals und küßte ihn, wie nur eine Mutter küßt, auf Mund und Wangen.

Die Augen waren ihr feucht geworden, und als sie die Thränen abgewischt, bemerkte sie weit unten am Strand eine Gestalt, die, auf dem Bauch ausgestreckt, das Gesicht im Geröll verborgen, wie tot dalag. Das war der andere, war ihr Sohn Peter, der verzweifelt vor sich hinbrütete.

Sie zog ihren Kleinen, ihren Hans, noch weiter mit sich fort, ganz bis an die Mündung des Baches, und sie besprachen diese Heirat, an der sein Herz hing, ein langes und breites.

Die Flut kam und trieb die Schwagenden in eiliger Flucht von dannen, und alle miteinander erkletterten die Klüfte. Beim Vorübergehen rief man Peter an, der sich schlafend stellte, und dann wurde lang getafelt und im Wein ein übriges gethan.

Stiebendes Kapitel.

Die Herren beschäftigten sich, mit einziger Ausnahme von Hans, auf der Heimfahrt mit Schlafen. Alle fünf Minuten sank Rolands oder Beaufires Kopf auf eine freundnachbarliche Schulter, wurde aber immer ziemlich kräftig zurückgestoßen.

Dann erlitt das Schnarchen eine kleine Unterbrechung, die Augen wurden aufgerissen und eine geistvolle Bemerkung, wie: „Sehr schöner Abend,“ zum besten gegeben, worauf der Kopf dann sofort wieder nach der anderen Seite hinübernickte.

Als man in Havre anlangte, hatten beide große

Schwierigkeit, sich aus ihrer Betäubung aufzurütteln, und Beaufire weigerte sich entschieden, noch an dem Thee bei Hans teilzunehmen, und bestand darauf, vor seinem Hause abgesetzt zu werden.

Der junge Advokat sollte heute nacht zum allererstenmal in seinen eigenen vier Wänden schlafen, und eine unendliche, fast ein wenig kindische Freude, seiner Verlobten gerade an diesem Abend die Räume zu zeigen, die bald die ihrigen werden sollten, erfüllte ihn ganz und gar.

Frau Roland, welche aus Angst vor Feuersgefahr die Diensthöten nie gern allein wachen ließ, hatte dem Mädchen gesagt, daß sie zu Bett gehen könne, sie wolle den Thee allein bereiten.

Außer den Handwerksleuten, ihr selbst und ihrem Sohne hatte noch niemand die Schwelle überschreiten dürfen. Alle sollten überrascht werden durch das vollendete Werk.

Im Vorsaal bat Hans seine Gäste, sich ein wenig zu gedulden. Er wollte sämtliche Lampen und Kerzen festlich anstecken und ließ Vater und Bruder, sowie Frau Rosemilly im Dunkeln stehen; dann machte er die große Flügeltür weit auf und rief: „Bitte, einzutreten!“

Die mit Glas geschlossene Galerie, von einem Kronleuchter und buntenfarbigen Lampen, die in reichen Gruppen von Palmen, Gummibäumen und blühenden Pflanzen verstreut waren, erleuchtet, machte zuerst den Eindruck einer glänzenden Theaterdecoration.

Einen Augenblick blieben alle ganz verblüfft stehen, und Vater Roland, den dieser Luxus einigermaßen überwältigt hatte, murmelte: „Deigel noch einmal!“ und verspürte Lust, Beifall zu klatschen, wie es sich bei den Triumpfen des Theatermaschinenziemt.

Man trat nun in den ersten Salon, einen kleinen, niedlichen Raum, der mit dem Altgoldstoff der Möbelbezüge

der Regierung übertragen werden. Die Regierung könnte in Verdacht kommen, diese Macht „zu Gunsten der Anhänger ihrer Politik auszunützen.“ „Wenn wir nun hieran auch nicht zu glauben vermögen . . ., so möchten wir die Regierung auch nicht in den Verdacht der Parteilichkeit kommen lassen und sie vor unabweislichen höchstwahrscheinlich sehr erbitterten Angriffen bewahren.“

Man muß der preussischen Regierung zu ihrem jungen Freunde gratulieren. Er hat die objektive, historisch-wissenschaftliche Methode zu einer so hohen Vervollkommnung gebracht, daß er mit ihr alles beweisen und begründen kann, was die Regierung beweisen und begründet haben will. Er ist um ihren guten Ruf besorgt, als ob er ihr Bräutigam wäre. Als einzelner scheint er harmlos und lächerlich, denkt man aber daran, daß er ein Typus ist, so graut es einem vor diesem strebernden „jungen Deutschland“.

Um auf unser altes Bild zurückzukommen: Ein einzelner Laubfrosch ist ja in seiner Art recht nützlich und possierlich, wenn aber eine Legion von dieser Sorte die Sonne der Regierungsgnade anquakt, wird es schrecklich. Und fast scheint es, als ob für die Frösche nun besonders gutes Wetter wäre.

Politische Uebersicht.

Zum 23. Februar 1848.

Rekapitulieren wir in allgemeinen Zügen die Phasen, die die französische Revolution vom 21. Februar 1848 bis zum Dezember 1851 (Staatsstreich Bonapartes) durchlaufen hat.

Drei Hauptperioden sind unverkennbar: die Februarperiode; 4. Mai 1848 bis zum 29. Mai 1849: Periode der Konstituierung der Republik oder der konstituierenden Nationalversammlung; 29. Mai 1849 bis zum 2. Dezember 1851: Periode der konstitutionellen Republik oder der legislativen Nationalversammlung.

Die erste Periode vom 21. Februar oder dem Sturze Louis Philippe bis zum 4. Mai 1848, dem Zusammentritt der konstituierenden Versammlung, die eigentliche Februarperiode, kann als der Prolog der Revolution bezeichnet werden. Ihr Charakter sprach sich offiziell darin aus, daß die von ihr improvisierte Regierung sich selbst für provisorisch erklärte, und wie die Regierung gab alles, was in dieser Regierung angelegt, versucht, ausgesprochen wurde, sich für nur provisorisch aus. Niemand und nichts wagte das Recht des Befehls und der wirklichen That für sich in Anspruch zu nehmen. Alle Elemente, die die Revolution vorbereitet oder bestimmt hatten, dynastische Opposition, republikanische Bourgeoisie, demokratisch-republikanisches Kleinbürgertum, sozialdemokratisches Arbeiterium fanden provisorisch ihren Platz in der Februar-Regierung.

Es konnte nicht anders sein. Die Februartage bezweckten ursprünglich eine Wahlreform, wodurch der Kreis der politisch Privilegierten unter der bestehenden Klasse selbst erweitert, und die ausschließliche Herrschaft der Finanzaristokratie gestürzt werden sollte. Als es aber zum wirklichen Konflikt kam, das Volk auf die Barrikaden stieg, die Nationalgarde sich passiv verhielt, die Armee keinen ernstlichen Widerstand leistete und das Königtum davonließ, schien sich die Regierung von selbst zu verstehen. Jede Partei deutete sie in ihrem Sinne. Von dem Proletariat die Waffen in der Hand entrotzt, prägte es ihr seinen Stempel auf und proklamirte sie als soziale Republik. So wurde der allgemeine Inhalt der modernen Revolution angedeutet, der in sonderbarstem Widerspruche stand zu allem, was mit dem vorliegenden Material, mit der reichsten Bildungstufe der Masse, unter den gegebenen Umständen und Verhältnissen zunächst unmittelbar ins Werk gesetzt werden konnte. Andererseits wurde der Anspruch aller übrigen Elemente, die zur Februarrevolution mitgewirkt hatten, anerkannt in dem Löwenanteil, den sie an der Regierung erhielten. In keiner Periode finden wir daher ein buntes Gemisch von überfliegenden Phrasen und thattsächlicher Unsicherheit und Unbeholfenheit, von enthusiastischerem Neuerungsstreben und von gründlicherer Herrschaft der alten Routine, von mehr scheinbarer Harmonie der ganzen Gesellschaft und von tieferer Entfremdung ihrer Elemente. Während das Pariser Proletariat noch in dem Anblicke der großen Perspektive, die sich ihm eröffnet hatte, schwelgte und sich in ernstgemeinte Diskussionen über die sozialen Probleme erging, hatten

sich die alten Mächte der Gesellschaft gruppiert, gesammelt, besonnen und fanden eine unerwartete Stütze an der Masse der Nation, den Bauern und Kleinbürgern, die alle auf einmal auf die politische Bühne stürzten, nachdem die Barrieren der Autokratie gefallen waren.

(Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte.)

Der beleidigte Herr von Kardorff.

Herr von Kardorff-Wabnitz hat in der gestrigen Reichstags-Sitzung wieder einmal den Beweis erbracht, daß er gleich seinem Fraktionsgenossen Stumm den Ton des Hauses herunterbringt, und er hat zugleich seine Wahrheitsliebe so herrlich offenbart, daß es angebracht ist, mit etwelchen nüchternen Thatfachen die Thätigkeit dieses Gründer-Parlamentariers kurz zu kennzeichnen.

Herr v. Kardorff gehörte zu den Gründern der Vereinigten Königs- und Laurahütte, gemeinsam mit Gerson Bleichröder, Jakob Landau, Heinr. Heimann, Justizrat Friedensburg, Graf von Saffeld, dem damaligen altenburgischen Minister von Gerstenberg.

Die Aktien wurden an der Börse ein wildes Spielpapier, der Kurs stieg unansehnlich bis zum Wiener Krach, wo er auf 276 stand, um dann mit einem Schlage auf 80 zu sinken.

Herr von Kardorff gründete weiter zusammen mit Rothschild, Bleichröder, Jakob Landau und Wilhelm Behrens in Hamburg die Deutsche Reichs- und Kontinental-Eisenbahnbau-Gesellschaft mit einem Grundkapital von 10 Mill. Thalern. Die 40prozentigen Interimsscheine wurden zunächst mit 55-65 Thalern bezahlt und notierten 1876 mit 10 Thalern, was einem Kursverhältnisse von 160 zu 25 entspricht.

Diese Gesellschaft mit dem großen Namen baute damals die Linie Posen-Preußburg, mit der sich die infolge der Laßerschen „Enthüllungen“ eingesetzte Eisenbahnspecialuntersuchungskommission des Landtags befaßte.

Herr von Kardorff-Wabnitz war Gründer und Aufsichtsrat der Bahn und zugleich Gründer und Aufsichtsrat der Deutschen Reichs- und Kontinental-Eisenbahnbau-Gesellschaft, die die Bahn baute. Die Vangeseellschaft wurde überhaupt nur zum Zwecke der Bahn gegründet und erhielt den Bau in Generalrepräsentanz. Man überließ ihr das gesamte Aktienkapital im Nennwerte von 12 Millionen Thalern; aus dem Erlöse sollte sie sich bezahlt machen und außerdem an die Aktionäre bis zum 1. Juli 1875 5 Prozent „Bauzinsen“ gewähren. Als dritter in diesem edlen Bunde bestand noch als Finanzkonsortium ein Fachverein von Bankhäusern (Bleichröder und Landau), die die Aktien zum Kurse von 73, also mit 27 Prozent Abzug, versilberten und die „Bauzinsen“ auszahlten, dieses gegen die kleine Entschädigung von 650000 Thalern.

Zwischen den drei Konjunkten wurden in zartem Teufelsmehel verschiedene Verträge, allgemeine und besondere, offizielle und geheime; abgeschlossen: sie bewilligten einander die Kreuz und quer eine Reihe erkledlicher „Provisionen“ oder Trintsgelder.

Herr v. Kardorff war als Gründer und Aufsichtsrat der Bahn und zugleich als Gründer und Aufsichtsrat der Vangeseellschaft einigermal in der pikanten Lage, mit sich selber zu kontrahieren. Diese Doppelstellung wurde vom königlichen Eisenbahnkommissariat für „unzulässig“ erklärt, worüber sich Herr v. Kardorff beschwerte: aber der Handelsminister hielt die Entscheidung „aufrecht“.

Daß die Unverblüfftheit schon damals eine Haupttugend des Silberritters war, zeigte sich am 10. Juni 1876, nur wenige Jahre nach der Gründungsära, wo der Gründer Kardorff die Regierung anklagte, sie habe das Gründungsweiden und die Ueberspekulation begünstigt!

Auch an der Bleichröderschen Gründung, die kurz vor dem Krach ins Leben trat, dem Bergwerk Hibernia und Chamrodt,

im Volke Schamrot genannt, war Herr v. Kardorff beteiligt. Die Aktien fielen von 150 auf 25 im Jahre 1876.

An Trintsgeldern entfielen bei der Königs- und Laurahütte für die Aufsichtsräte 1871/72 53000 Thaler, in den beiden folgenden Jahren aber etwa je 200000 Thaler. Bei Hibernia und Chamrodt empfing der Aufsichtsrat 1873/74 24700 Thaler und 1874 15000 Thaler; und selbst bei der trostlosen Reichseisenbahngesellschaft, wo die Einnahmen zum großen Teil in „Zinsen“ der eigenen Effekten und in „Kursgewinnen“ bestanden, genierte man sich nicht, für 1873 etwa 50000 Thaler als Zantieme auszuwerfen.

Doch Herr v. Kardorff müßte nicht der Mann mit beherrschenden Sätzen sein, wenn er nicht mit naiver Ungezogenheit seine Gründerthätigkeit als eine stillische Pflicht gerechtfertigt hätte. Als Otto Glagau in der Gartenlaube 1875 seine berühmten Aufsätze über den Gründungschwandel in Deutschland veröffentlichte, schloß sich der Junker-Gründer von der traurigen Gestalt tief gekränkt und schrieb im April 1875 der Redaktion der Gartenlaube:

Es dürfte ziemlich bekannt sein, daß ich mich an industriellen Unternehmungen nicht beteiligt habe, um Schätze zu sammeln, sondern lediglich, um mir zu ermöglichen, ohne Vermögensverluste meine parlamentarische Thätigkeit wahrzunehmen.

Bei der Notwendigkeit der parlamentarischen Thätigkeit des Gründers und des Vorführers der Silberinteressen, des Brotwincherpolitikers und Freiheitsfeindes Kardorff für die Wohlfahrt des deutschen Volkes muß man die Waffen senken und der Schwindelperiode der Milliardenzeit, die solchen Männern solch ein Piefestral schuf (von Gold und nicht von minderwertigem Silber), dankbar sein. Denn Kardorff ist ein ehrenwerter Mann. Er ist ein Gründer nicht um des schönen Mammons willen gewesen, sondern um als Stütze von Thron, Altar und Eigentum, als Muster seiner Sitte und guten Tones den Ansturz zu bekämpfen.

Hände weg von diesem würdigen Manne, der, wenn Herr von Stumm der Don Quichotte der Reaktion ist, zum mindesten verdient der Sancho Panza dieses Stumm zu sein.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 21. Februar. Auch am zweiten Tage der Beratung des Militäretats kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen unseren Genossen und der Militärverwaltung.

Nachdem Bebel in scharfer Form und mit großem Geschick die Angriffe des Kriegsministers vom vorigen Freitag zurückgewiesen hatte, rückte Herr v. Goltz mit schwerem Geschütz ins Treffen. Er hat die letzte Broschüre Bebel's: Nicht stehendes Heer, sondern Volkshoer* (Verlag von F. v. S. W. Dieß Nachf., Stuttgart 1898) durchsindert, und sie hat keine Gnade vor seinen Augen gefunden. Das suchte er dem Hause durch die Kritik einer ganzen Anzahl aus dem Zusammenhange gerissener Stellen zu beweisen, aber nur die Rechte that ihm den Gefallen, durch ihr Gelächter die Beweisraft seiner Verurteilung der allgemeinen Volksbewaffnung anzuerkennen. Das schaurigste Bild von der blutigen Revolution, Bebel als unfähiger Generalissimus an der Spitze der Revolutionsstruppen, besiegt von den fallblütigen und erprobten Generalen seiner Majestät, bildete den effektvollen Schluß der Rede des Kriegsministers.

Zwar hat Bebel die Träume vom Varrikadenbau in seiner Broschüre noch ausdrücklich zurückgewiesen, aber das thut nichts, Herr v. Goltz versteht nun einmal nur, die Wölfe des

Wir empfehlen unseren Lesern das lehrreiche und nützliche Schriftchen zur Lesüre. Es enthält reiches Zahlen- und Thatfachenmaterial, sagt geschickt die Gründe gegen das stehende Heer zusammen und erörtert die Bedeutung der Volksbewaffnung. Die deutsche Heeresorganisation und ihre Entwicklung, die Kosten der Rüstungen, die Beseitigung der stehenden Heere, die Volkswehr, die Kosten des Volkshoers und des stehenden Heeres, das Volkshoer in der neueren Geschichte werden abgehandelt. Die Schlußfolgerung lautet: Ersatz des stehenden Heeres durch das Volkshoer, Herbeiführung internationaler Schiedsgerichte. Ueb.

ausgeschlagen war. Der große eigentliche Empfangsraum war sehr einfach, in dunkler Lachsfarbe gehalten und wirkte ungemein großartig.

Hans setzte sich in den breiten Lehnstuhl vor seinem mit Büchern bedeckten Schreibtisch und fing mit ernster, etwas angestrenzter Stimme an: „Ja, gnädige Frau, das Gesez ist über diese Frage sehr eingehend und klar und gewährt mir nicht nur die Ueberszeugung, daß meine Auffassung die richtige, sondern auch die vollkommene Gewißheit, daß wir in Zeit von drei Monaten die neulich besprochene Angelegenheit zu befriedigendem Abschluß führen werden.“

Er sah Frau Rosemilly strahlend an, diese lächelte und warf Frau Roland einen Blick zu; die Mutter ergriff ihre Hand und drückte sie herzlich.

Glücklich sprang Hans auf, machte ein paar sehr schulgungemäßige Sätze und rief: „Wie die Stimme trägt! Das wäre ein Saal zum Plädieren!“

Er warf sich in die Brust und begann mit höchstem Pathos:

„Weine Herren Geschworenen! Wenn Menschlichkeit allein, wenn das angeborene Gefühl der Sympathie mit menschlichem Leid allein es wären, in deren Namen wir Sie um Freisprechung bitten, so würden wir uns an Mitleid, an Ihre Barmherzigkeit, an ihr Herz wenden, aber auf unserer Seite steht das Recht, und nur im Lichte des Gesezes wollen wir Ihnen die Frage darlegen . . .“

Peter sah sich aufmerksam in den Räumen um, die er beinahe zu den seinigen gemacht hätte, und ärgerte sich dabei über die Kinderereien seines Bruders, der ihm gar zu läppiich und geistlos vorlief.

Frau Roland öffnete eine Thür zur Rechten. „Hier ist das Schlafzimmer,“ jagte sie.

Auf die Ausschmückung dieses Raumes that sich das Mutterherz besonders viel zu gute.

Als Tapete diente Creton von Rouen, eine vortreffliche Nachahmung der Gobelinweberei; das Rokofomuster zeigte kleine Medaillons mit Schäfergruppen, deren Rahmen ein sich schnäbelndes Vogelpaar bildete, und der Stoff gab Wänden, Vorhängen, Bett und Stühlen etwas Fröhliches, Lustiges und Anmutiges.

„O, wie reizend!“ rief Frau Rosemilly — aber mit dem Betreten dieses Raumes kam ein gewisser Ernst über sie. „Gefällt es Ihnen?“ fragte Hans.

„Außerordentlich!“

„Wenn Sie wüßten, wie glücklich mich das macht!“ Sie war ein wenig verlegen, und es mochte ihr etwas bekommen zu Mute sein in diesem Raum, der ihr Brautgemach werden sollte.

Auf den ersten Blick hatte sie gesehen, daß Frau Roland, die ihres Sohnes baldige Vermählung ohne Zweifel gewünscht und vorausgesehen hatte, ihm ein breites Doppelbett angeschafft hatte, und diese mütterliche Fürsorge that ihr wohl, schien ihr zu sagen, daß man sie in der Familie erwarte.

Als man in den Salon zurückgekehrt war, öffnete Hans eilig die Thür zur Linken, und man erblickte das dreifensterige, runde, als japanische Vaterne dekorierte Speisezimmer.

Hier hatten Mutter und Sohn ihrer Phantastie die Zügel schiefen lassen und des Guten ein wenig zu viel gethan. Das Zimmer machte mit seinen Bambusmöbeln, Vasen, Pagoden, golddurchwirkten Seidenstickereien, den durchsichtigen japanischen Vorhängen, den Fächern, welche die Stoffdraperien an der Wand festhielten, den Waffen, Fragen, Vögeln mit echten Federn und all den tausenderlei Kleinig-

keiten aus Porzellan, Holz, Elfenbein, Bronze und Bernstein einen sehr gefuchten und anspruchsvollen Eindruck und zeigte, was ungeschickte Hände und ungeliebte Augen anrichten, wenn sie sich an Dinge wagen, zu welchem künstlerischer Geschmack, Feingefühl und Bildung nötig sind. Natürlich wurde diese Schöpfung am meisten bewundert, und nur Peter war zurückhaltend und machte einige ziemlich bitter klingende ironische Bemerkungen, die seinen Bruder sehr verletzten.

Auf dem Tisch stand eine Pyramide von Früchten und ein monumentaler Kuchenaußbau.

Große Ehrlust hatte niemand; man naschte ein wenig an den Früchten und zerbröckelte das Backwerk mehr, als man es aß, und nach einer Stunde etwa bat Frau Rosemilly um die Erlaubnis, sich zurückzuziehen.

Es wurde beschlossen, das Roland Vater sie nach Hause begleiten sollte, während Frau Roland in Ermangelung des Dienstmädchens ihr mütterliches Auge noch einmal auf alles werfen wollte, um ganz sicher zu sein, daß ihrem Liebbling nichts fehlte.

„Soll ich dann wieder herkommen und Dich abholen?“ fragte Roland.

„Nein, Alter, gehe. Du nur in Dein Bett,“ erwiderte sie nach einigen Jögern. „Ich habe ja Peter, der wird mich heimbringen.“

Sobald die beiden fort waren, blies sie die Kerzen aus, verschloß Kuchen, Zucker und Liqueur in einen Schrank, dessen Schlüssel dem neugebackenen Hausherrn eingehändig wurde, und ging dann ins Schlafzimmer, deckte das Bett auf, sah nach, ob frisches Wasser in der Karaffe und ob das Fenster richtig schloß.

(Fortsetzung folgt.)

Gegner aufzudecken, die er diesem vorher angedichtet hat. Zunächst mußte er sich gefallen lassen, daß ihm Singer wegen seiner geschmackvollen Versuche, die „Herren Genossen“ durch diese Zeichnung zu verhöhnern, kräftig den Zeig las. Dann erwiderte ihm Bebel.

Eine Diskussion mit dem Kriegsminister über seine Broschüre setzte er ab; bei einer solchen Art der Kritik sei eine Debatte ganz unmöglich. Nur auf seine Bemerkung über den „Generallittimus Bebel“ gab er ihm eine würdige Antwort. Seine Schilderungen von den Mißständen bei den Armeelieferungen, über Soldatenbehandlung, Militärgefängniswesen und Verwandtes waren in keiner Weise widerlegt worden.

An der weiteren Debatte beteiligte sich von unserer Seite noch Kunert, während Pastor Schall und Herr v. Stumm dem Kriegsminister und seinen Kommissaren zu Hilfe kamen.

Bei den persönlichen Bemerkungen wogte die Erregung, die auf beiden Seiten herrschte, lebhaft auf. Herr v. Kardorff schloß unsern Genossen Singer, der die Gründertätigkeit dieses Mannes erwähnt hatte, das Wort „jüdische Frechheit“ ins Gesicht; das trug ihm die prompte Erwiderung „junckerliche Frechheit“ ein. Das Haus geriet bei diesem Austausch von Liebeshändeln in heftigste Bewegung, und Herr v. Nol mußte seine Glocke strapazieren und zwei Ordnungsrufe erteilen, um die Ruhe einigermaßen wiederherzustellen.

Das Gehalt des Kriegsministers wurde schließlich bewilligt und die Weiterberatung des Militärkretals auf Dienstag vertagt.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 21. Februar. Im Abgeordnetenhause kam es bei der heute fortgesetzten Beratung des Etats des Ministeriums des Innern zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den polnischen Abgeordneten Schröder und v. Gzarlinski, die sich unter Anführung einiger Fälle über bewußte Rechtsbegünstigung in den polnischen Landesstellen beschwerten. Minister Frhr. v. d. Neude warnte die Polen, auf dem gefährlichen Wege, auf dem sie sich befänden, zu beharren; sie müßten sich in die gebotenen Schranken zurückziehen, denn sonst könnten sie leicht zu ihrem eigenen Schaden erfahren, wie gefährlich es sei, mit dem Feind zu spielen. Diese versteckte Drohung in Verbindung mit einer ähnlichen, in der vorigen Session gehaltenen Rede des Ministers läßt die Vermutung aufkommen, daß Herr v. d. Neude die Absicht hat, gegen die Polen mit strengen gesetzgeberischen Maßnahmen vorzugehen. Er rechnet offenbar stark darauf, daß ihm die Neuwahlen eine seinen reaktionären Plänen gefügige Mehrheit bringen.

Im übrigen wurde die ganze Sitzung durch persönliche Anfeindungen ausgefüllt. Zuerst fielen die Abgg. v. Gamp (freikons.) und v. Heydebut (kons.) über den Abg. Mikert (freis. Bg.) und den Bauernverein Nord-Ost her, und als dieser Streit glücklich beendet war, kam es zu einem scharfen Wortkampf zwischen den Abgg. Dr. Sattler (nat.-lib.) und Dr. Gahn (lib.). Hervorgehoben wurde dieser Kampf dadurch, daß die Nationalliberalen und der Bund der Landwirte, namentlich in Hannover, sich über den Begriff der Politik der Sammlung nicht einig sind, weil jeder von ihnen etwas anderes unter diesem Schlagworte versteht. Es ist aber nicht leicht, die Vertreter ganz verschiedener Interessen zum gemeinsamen Vorgehen zu sammeln. Da wo es sich um die Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel handelt, sind die Herren einig, wo aber die Interessen der einen Gruppe denen der anderen widersprechen, erlaubt ihnen ihre Begehrlichkeit nicht, gemeinsame Sache zu machen. Der Streit wurde schließlich so heftig, daß der Präsident beide Kämpen zur Ordnung rufen mußte.

Morgen wird die Beratung fortgesetzt. Außerdem steht die erste Lesung betr. Ausdehnung des Auerbenrechts auf Westfalen auf der Tagesordnung.

Chinesisches.

Zur Vermessung von Kiangschan

wird, wie verlautet, in der nächsten Zeit eine besondere Abordnung der topographischen Abteilung des Großen Generalstabes nach Kiangschan geschickt werden, der sich noch ein aus chinesischen Diensten geschiedener Offizier anschließen wird. Die betreffenden Herren werden voraussichtlich im nächsten Monat nach Kiangschan abgehen.

Für Frachten nach Kiangschan

hat das Reichsmarineamt mit dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie einen besonderen Frachttarif für Waren und Güter vereinbart. Dieser besteht aus einem Einheitsfuß von 10 Mark pro Kubikmeter. Die nach Kiangschan bestimmten Waren werden direkt nach Shanghai befördert und dort auf einen Küstendampfer nach Kiangschan umgeladen.

Berlin, 22. Februar. Das offiziöse Presbureau des Reichsmarineamts hat, wie man der Freis. Bz. schreibt, einen Privatdocenten Meyer von Halle in Dienst genommen, um die Flottenbrotschritte der Abgg. Richter und Müller-Zulda zu bekämpfen. Die Broschüre selbst aber soll anonym erscheinen. Der Levy von Halle hat schon lange in den verschiedenen Zeitschriften als Marineoffizier die Flottentrompete geblasen. — Im Hinterlande von Togo waren, wie mitgeteilt, Differenzen mit England wegen Besitzergreifungen in der neutralen Zone entstanden. Von deutscher Seite war ein Protest gegen diese Besitzergreifungen eingelegt worden. Wie aus London gemeldet wird, hat nunmehr das britische Kolonialamt den Gouverneur der Goldküste angewiesen, die englischen Agenten und Truppen aus der neutralen Zone zurückzuführen. — An Bollen und Verbrauchssteuern sind in der Zeit vom 1. April 1897 bis zum Schlusse des Monats Januar 1898 im deutschen Reich folgende Einnahmen zur Anschreibung gelangt: Bälle 405 998 182 Mark (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres + 5855 286 Mk.), Tabaksteuer 10 188 844 Mk. (+ 721 249 Mk.), Zuckersteuer und Zuschlag zu derselben 76 795 508 Mk. (+ 8 490 469 Mk.), Salzsteuer 40 639 718 Mk. (+ 580 032 Mk.), Malzschottisch- und Branntweinmaterialsteuer 12 222 988 Mk. (+ 2 597 104 Mk.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 10 415 021 Mark (+ 611 276 Mark), Brennsteuer 584 652 Mark (+ 174 604 Mk.), Brausteuer 25 699 287 Mk. (+ 1 581 145 Mk.), Uebergangsabgabe von Bier 8 281 043 Mk. (+ 87 879 Mk.), Summe 678 605 223 Mk. (+ 2 828 978 Mk.), Stempelsteuer für: a) Wertpapiere 12 298 201 Mk. (+ 623 387 Mk.), b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgebühren 11 441 708 Mk. (+ 511 584 Mk.), c) Lose zu Privatlotterien 2 458 892 Mk. (+ 825 841 Mk.), Staatslotterien 11 885 286 Mk. (+ 178 646 Mk.), Spielkartenstempel 1 238 632 Mk. (+ 14 527 Mk.), Wechselstempelsteuer 8 241 882 Mk. (+ 608 998 Mk.). Die zur Reichskasse gelangte St-Einnahme abzüglich der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungsstellen beträgt bei den nach bezeichneten Einnahmen bis Ende Januar 1898: Bälle 367 630 164 Mk. (6 688 845 Mk.), Tabaksteuer 10 516 441 Mk. (+ 186 409 Mk.), Zuckersteuer und Zuschlag zu derselben 66 591 915 Mk. (+ 20 728 340 Mk.), Salzsteuer 37 673 559 Mk. (+ 398 818 Mk.), Malzschottisch- und Branntweinmaterialsteuer 12 077 521 Mk. (+ 2 051 028 Mk.).

Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 84 607 340 Mark (+ 883 720 Mark), Brausteuer 284 660 Mark (+ 174 454 Mk.), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 24 584 973 Mark (+ 1 419 002 Mark), Summe 608 915 973 Mark (+ 11 074 852 Mk.). — Spielkartenstempel 1 151 230 Mk. (+ 20 806 Mark).

Ein Regulativ, betreffend die Organisation des Weirats für das Auswanderungswesen, hat der Bundesrat in seiner Sitzung am 26. Januar beschlossen. Das Regulativ wird im Reichsanzeiger veröffentlicht. Der Weirat hat seinen Sitz in Berlin. Die Verhandlungen des Weirats sind nicht öffentlich. — Der Bundesrat stimmte in seiner gestrigen Plenarsitzung der Vorlage betr. die Verichtigung des § 138a Absatz 6 der Gewerbeordnung (Beschäftigung jugendlicher Arbeiterinnen an Vorabend von Sonn- und Feiertagen) zu. — In einer Berliner Versammlung am Freitagabend bot sich Herr Söder mit seinen Getreuen der konservativen Partei für die nächsten Wahlen wieder an, trotz der Absagen, die er vorher in Dresden und vor kurzem in Berlin von dieser Seite erhalten hat. Die Versammlung beauftragte den Vorstand der christlichsozialen Partei, mit den Führern der konservativen und Deutschsozialen zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens bei den Reichstagswahlen in Verbindung zu treten. — Am dem morgigen Festmahle des Brandenburger Provinzial-Landtags gedenkt der Kaiser, ebenso wie in früheren Jahren, teilzunehmen. Er wird voraussichtlich wie bisher bei diesen Gelegenheiten eine Rede halten.

Der Germania zufolge wird die Centrumsfraktion des Reichstags erst nach Abschluß der ersten Kommissionsberatung zu der Marinevorlage beziehungsweise zu den Beschlüssen der Kommission Stellung nehmen. Ein langwieriger Handel!

Magdeburg, 21. Februar. Die Nationalliberalen der Provinz Sachsen haben auf ihrem Parteitage ihr reaktionäres Herz offenbart. Der strebsame Abgeordnete Friedberg, Aufsi des Bundes der Landwirte, schalt über die Handelsverträge, versprach den Junkern höhere Getreidezölle, sang ein hochgestimmtes Flottenlied und forderte die Regierung zur Reichstagsauflösung auf. Nicht wenig unverständlich von einer so zerrütteten Partei, die nur von den Annojen der Agrarier ihr Dasein fristet!

Herr v. Eynern, die komische Figur der nationalliberalen Landtagsfraktion, wie Herr Friedberg der Bierot beider Häuser ist, erklärte, die Haltung der Baasche und Seyl gefalle ihm nicht, aber seine Partei sei ja in „nationalen Fragen“ einig! Zugleich schaltete er die National-Zeitung ab, was die vorsichtige National-Zeitung in ihrem Berichte — unterdrückt. Eynern sagte: „Allerdings ist es bedauerlich, daß sich eine links stehende Presse an unseren Schopf anhängt und sich für national-liberal ausgiebt, um, wie die National-Zeitung in Berlin, jeden Streit in vollster Breite anzutreten.“

Festgestellt wurde, daß eine Anzahl Parteigenossen der Provinz Sachsen aus Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Haltung eines Teiles der Fraktion die Teilnahme am Parteitage abgelehnt habe.

Die Wahlen werden den Friedberg und Konforten die nötige Lektion erteilen. . . .

W. Bentzen (Oberschlesien), 20. Febr. Der Bentzener Geheimbundsprozeß ist immer noch nicht ganz beendet. Bekanntlich wurden in der groß angelegten ersten Verhandlung im September des vorigen Jahres sämtliche 14 Angeklagten von der Anklage der Geheimbündelei freigesprochen. Nur zwei von ihnen, Tuskler und Waplawek, sollten den Abonnenten der Berg- und Hüttenarbeiterzeitung mehr Vorteile vom Abonnement versprochen haben als sie zu versprechen berechtigt waren und wurden deshalb zu je vier Wochen Gefängnis verurteilt.

Sie beantragten Revision beim Reichsgericht und hier wurde die Sache an die hiesige Strafammer zurückverwiesen. Gestern fand die Verhandlung darüber statt. Sie ergab wieder die Haltlosigkeit der Anklage. Einer der Hauptangeklagten wurde aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt, wo er wegen Meineidsverdachts (!) sibt. Waplawek wurde vollständig freigesprochen, in Bezug auf Tuskler wurde die Verhandlung vertagt, weil ein angeblich wichtiger Zeuge fehlte. So ist das Ende des großen Geheimbundsprozesses: eine Niederlage der Angeber und Ankläger, der Polizei und der Staatsanwaltschaft.

Der Hauptbelastungszeuge in der ersten Verhandlung, der königl. Grenzkommissar Wädler, wohnte der Verhandlung nicht bei, was er sonst immer thut, wenn es sich um Sozialdemokraten handelt. Er wußte wohl, daß er die Anklage nicht retten würde.

M. Darmstadt, 19. Februar. Seit diesem Jahre ist ein ganz anderer Geist in unseren Landtag eingezogen, was wesentlich auf den Umstand zurückzuführen ist, daß die national-liberale Mehrheit gebrochen ist. Unsere in der Zweiten Ständekammer sitzenden fünf Genossen haben während der jetzt stattfindenden Budgetberatung, speziell des Etats für Bildungszwecke, der Regierung wie den Gegnern gehörig zugelegt. Genosse Gramer-Darmstadt nahm zunächst Veranlassung, auf ein Verbruch (Verleumdung der deutschen Geschichte) aufmerksam zu machen, das von einem eifrigen Patrioten, wie der Regierungsvertreter sagte, David Müller, verfaßt ist, und über die Sozialdemokratie die schmerzlichsten Dinge enthält, z. B. die Sozialdemokraten als Herabwürdiger von Sitte und Ordnung, als Mörder und Schandbuben bezeichnet. Der Regierungsvertreter gab, nachdem noch die Genossen Ulrich-Offenbach und Dr. David-Mainz mit diesem Lügenpatrioten und Geschichtsfälscher scharf ins Gericht gegangen waren, die Erklärung ab, daß vom nächsten Halbjahr ab dieses Verbruch beseitigt werde. Der Staatsminister Singer, der jetzt erst eintrat und nur noch die Schlussworte seines Referenten hörte, erklärte: Wenn die Sozialdemokraten Schonung verlangen, so sollten sie sich auf den Boden des Gesetzes stellen, worauf Dr. David treffend erwiderte: Nicht Schonung wollen wir, sondern Gerechtigkeit.

Der Antrag unserer Abgeordneten, die persönlichen wie die sachlichen Ausgaben der Volksschule auf die Staatskasse zu übernehmen, fand namentlich bei den nationalliberalen Vertretern vom Lande eifrige Fürsprecher, auch die Antisemiten erklärten sich dafür, so daß die Nationalliberalen der Städte in eine Zwischmühle kamen und bedingungsweise dem Antrage zustimmten. Nur die fünf Köpfe starke Centrumpartei verhielt sich grundsätzlich ablehnend, einmal weil man, wie ihr Vorkämpfer erklärte, den Eltern die Fürsorge für ihre Kinder nicht ganz abnehmen dürfe, dann aber auch, weil die Sozialdemokratie, wenn sie die Verstaatlichung der Volksschulen im Namen der Armen durchgesetzt hätte, die Verstaatlichung der Industrie und der Landwirtschaft fordern würde. Genosse Dr. David führte den Schwarzen, der am Tage vorher die geforderte Mehrsumme für

die Gymnasien vertrat, an dem er selbst, wie er sagte, mehrere Söhne hätte, sehr geschickt ab, indem er ausführte, dem Vorkämpfer sei die Abnahme der Fürsorge in Höhe von 60—70 Mk. jährlich (so hoch ist der Betrag, der aus dem Gesamtschülerfidel für jeden Gymnasialisten bezahlt wird) durch den Staat sehr unangenehm, dagegen wären diese Leute nicht zu haben, wenn die Lage der armen Bevölkerungsklassen verbessert werden sollte, aus Furcht, durch erhöhte Besteuerung ihrer Kreise zu den Ausgaben herangezogen zu werden, und es betrage diese Fürsorge, die da abgenommen würde, nur 6 Mark auf den Kopf des Volksschülers.

Oesterreich-Ungarn.

Das Banffy-Diebesregiment.

Budapest, 22. Februar. In 66 Fachvereinen nahm die Polizei Hausdurchsuchungen vor, doch fand sich nur im Verein der Buchdrucker eine Summe von 2000 Gulden, die beschlagnahmt wurde, trotz des Nachweises, daß das Geld lediglich zu Unterstützungszwecken diente.

Der infame Spitzhaken-, Grünler- und Gammelfüßler, der in Ungarn regiert, schießt die Arbeitergroßchen. Das ist System. Erst die kapitalistische Ausbeutung der Masse, dann der Taschengeldraub und Einbruch.

Schweiz.

Ein Volksgericht.

eh. Zürich, 20. Februar. Es ist 8 Uhr abends. Vor den Zeitungredaktionen haben sich große Menschenmassen gesammelt, schon seit drei Stunden, um das Ergebnis der Volksabstimmung zu erfahren.

„Gesiegt!“ Die Mitteilung von der Annahme der Verstaatlichung erregt unbeschreiblichen Jubel, wie man ihn bei der sonst so nüchternen schweizerischen Bevölkerung nicht gewöhnt ist. Gesiegt, nach mehrwöchentlichem heißem Kampfe gegen das verbündete internationale Spekulantenrum, gegen das bornierte Kantonsesultum und gegen die in den westschweizerischen Kantonen noch alleinstehende Lehre von der Unbrauchbarkeit und Schädlichkeit des Staates, selbstverständlich nur des Staates als wirtschaftlicher Unternehmer, nicht als Schutzherr des privaten Unternehmertums, als welchen man sich den verschrienen Staat sonst recht gerne gefallen läßt.

Man muß die Agitation gesehen haben, die von den Gegnern der Verstaatlichung in der letzten Woche betrieben worden ist. In Zürich z. B. hatte diese Agitation einen Umfang angenommen, wie man das kaum je gesehen hat. Und was für eine Agitation! Die großkapitalistischen, eisenbahnindividengierigen Volkstreunde wurden nicht milde, an die niedrigsten Instanzen der Massen zu appellieren. Und trotz dieser Agitation steht Zürich da mit der Zahl von 69 713 Ja gegenüber 13 871 Nein. Trotz dieser Agitation und trotzdem die Freunde der Vorlage durchweg sachlich und loyal ihren Standpunkt vertraten, in der ganzen Schweiz eine Summe von 383 154 Ja, welcher Zahl die von 178 363 Nein gegenübersteht.

Es ist ein Ereignis in der Geschichte der Volksgefäßgebung der Schweiz, daß bei dieser Abstimmung nahezu 600 000 Bürger zur Urne gegangen sind. Das beweist, wie tief die Erkenntnis von der Bedeutung der Eisenbahnverstaatlichung in die Massen eingedrungen ist, aber es beweist auch, welches Maß von Unwillen und Erbitterung sich gegen die heutige Wirtschaft im Eisenbahnwesen allmählich im Volke angesammelt hat; denn wäre diese Erbitterung nicht vorhanden gewesen, die Agitation — weder die der Freunde, noch die der Gegner — hätte die Massen nicht in dem Maße auf die Urne zu bringen vermocht.

Das Resultat selber — die unerwartet glänzende Annahme des Gesetzes — beweist aber auch ein eminentes Maß politischer Reife des Schweizervolkes, das sich nicht durch schöne Worte und plumpe Schmeicheleien von seiner durch reichliches und ernstes Nachdenken gewonnenen Ueberzeugung abbringen läßt.

Der heutige Tag war ein Tag des Gerichtes, ein Tag der Abrechnung mit dem rücksichtslosen, die Interessen der Gesamtheit brutal niedertretenden Kapitalismus. Der 20. Februar, den die Eisenbahnmagistrate Guyer-Beller und Konforten in ihrem Kalender mit schwarzester Tinte anstreichen werden, wird mit flammenden Lettern in der Geschichte der Schweiz und — des Sozialismus prangen.

Denn der Sieg des Verstaatlichungsgebanten ist zugleich ein Sieg des sozialen Fortschrittes über die Mächte der sozialen Reaktion, ein Sieg des sozialistischen Princips über das kapitalistisch-individualistische.

Italien.

Unterdrückung der Freirei. — Geständnisse Ehren-Gespiels. Sabel und Weiswedel.

— Rom, 18. Februar. Militärische Einrichtungen dürfen nicht kritisiert werden. Der Abvanti erlaubte sich, über das Kasernenleben seine Meinung zu sagen und wurde deshalb beschlagnahmt. Kein Tag vergeht, an dem nicht die Vorschriften der Verfassung über freie Meinungsäußerung mit Füßen getreten würden. Und doch soll der fünfzigste Geburtstag der Gewährung des Statuts, wie die Italiener die Staatsverfassung nennen, mit besonderem Pomp gefeiert werden, und zwar nicht wie gewöhnlich am ersten Sonntag des Juni, sondern am 4. März, vielleicht um die Abba Carima-Schmerzen vergessen zu machen. Sogar ein konservativer Abgeordneter sprach im Parlament gegen diese offizielle Feierlichkeit, da das Volk an der Verfassungsurkunde gar keine Freude mehr habe.

Crispi gestand der Fünfkommission, daß er durch Favilla von der Banca di Napoli Geld bekommen habe, um, bevor er das letzte Mal Minister wurde, seine Schuld bei der Banca d'Italia zu bezahlen; ferner als er seine Tochter verheiratete und als er die Wahlen machte. Das Geld will er aber als Minister Crispi empfangen haben, der es dann dem Bürger Crispi gab. Er gestand ferner, den Favilla zum Kommandatore gemacht zu haben, als ihm die Betrügereien Favillas schon bekannt waren. Trotzdem hat der Ganer nichts zu fürchten, er steht unter unsichtbarem Schutz.

In Neapel besteht ein Verein, der bezweckt, die Soldaten in Gottesfurcht und frommer Sitte zu erhalten; auch in Mailand soll ein ähnlicher Verein gegründet werden. Wenn nur gute Christen gute Soldaten sein können, clerikales und Antisemitisches mit dem Militarismus eine gute Mischung giebt, so ist's begreiflich, daß auch der angebende Militärfant Italiens in der Allianz von Sabel und Weiswedel ein gutes Mittel zur Volksunterdrückung sieht.

Der Militarismus ist des ihm verbündeten Militarismus würdig, Intoleranz und Brutalität gehen Arm in Arm. Es ist deshalb erklärlich, daß die des Sozialismus verdächtigen Soldaten zur Strafkompagnie geschickt werden. Der Abvanti hat in letzter Zeit vier solche Fälle nachgewiesen.

Dazu zwei Beilagen.

Mittwoch den 23. Februar abends 1/2 9 Uhr

Versammlung

der sozialdemokrat. Partei für den 12. u. 13. Reichstagswahlkreis in beiden Sälen der Flora.

Tagesordnung: 1. Angelegenheit: Stadtverordnetenfraktion kontra Stadtverordneten Bernstein. (Referent wird von der Fraktion gestellt.) 2. Bericht des Komitees. 3. Diskussion.

NB. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreiches Erscheinen der Genossen.

Achtung, Former!

und alle in den Giessereien beschäftigte Arbeiter.

Freitag den 25. Februar abends halb 9 Uhr
Grosse öffentl. Versammlung
im Saale der Gesellschaftshalle, Lindenau.

Tagesordnung: 1. Die Lage der Former und Gießereiarbeiter in den hiesigen Fabriken und wie können wir sie verbessern. 2. Diskussion dazu. 3. Gewerkschaftliches.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Das Agitationskomitee der Metallarbeiter L.-West.
Z. N.: August Böhle, Merseburger Str. 12, III.

Arbeiter-Verein Leutzsch.

Sonntag den 27. Februar
VI. Stiftungs-Fest
bestehend in Instrumental- und Gesangs-Konzert
Theater und Ball
im Schwarzen Jäger zu Leutzsch.
Programme sind zu haben beim Kassierer G. Müller.

Ibsen-Theater.

Direktion: Dr. Karl Helne.
II. Gastspiel
Theatersaal des Krystall-Palastes
Montag den 28. Februar 1898

Ein Volksfeind.

Schauspiel in 5 Akten von Henrik Ibsen.
Einakt 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.
Preise der Plätze: I. Parterre 2.50 Mk., II. Parterre 1.50 Mk., Mittelbalkon 1 Mk., Seitenbalkon 50 Pfg., Saal 30 Pfg. Die Kasse des Ibsen-Theaters befindet sich im Krystall-Palast und ist täglich von 10 Uhr an geöffnet. Eine Vorverkaufsgeldgebühr wird nicht erhoben.

Heyers Restaurant, Johannisgasse 30.

Heute zum Fastnacht-Dienstag
Selbstgebackene thüringer Plinsen.

Feinste Süsrahm-Margarine

liefert in stets frischer Ware
Holländischer Verein für Margarine-Fabrikation
Wahnschaffe & Co., Cleve a. Niederrhein.
Margarine-Fabriken: Cleve, Rotterdam, Brüssel und Dort.
Meiereien: Cleve, Gred und Delfshaven.
Filiale Leipzig: Mittelstrasse 18a. Fernspr. 2952, I.
Eigene Special-Doppelwaggons fortwährend eintreffend.

Schulranzen

von 1 Mark an,
Große Auswahl in
Holzkoffern,
Handkoffern, Portemonnaies und alle
andere Lederverwaren zu billigsten
Preisen.
Oswald Bache, Windmühlenstr. 47 (kein Laden)

Direkt von Aachen!

weltberühmt durch fast auf allen Ausstellungen prämierte Tuche liefern wir zu hervor-
ragend niedrigen Preisen
Herren-Anzug- u. Paletotstoffe
von einfachsten bis feinsten in reeller Ware. Vorzügl. erstklassige Musterauswahl
senden jedem franko ohne Kaufzwang. Welt über 1000 ersthende Anerkennungs-
schreiben beweisen unsere tadellose Lieferung. Die Zahl der uns allein im Jahre 1897 durch unsere
geschmackvollen, geliebten Tuche und billigen Preise erworbenen neuen Kunden beträgt
11860 Diese Zahl kann nicht angezweifelt werden,
da sie sich durch unsere Bücher ergibt!!
Diese bekannte und beliebte Specialität wird in schwarz, blau, braun
geliefert und kosten 3 Meter zum gediegenen Anzuge 12 Mark.
Zahlreiche Empfehlungen. Garantie für reine Wolle, echte Farbe!
Wilkes & Cie, Tuchindustrie, Aachen Nr. 204. Man bittet genau zu adressieren.

Rest. König-Albertbrücke, Lindenau.
Freunde und Genossen vergeht den
frühen Richard nicht. [5610]

Neumilch-Butter.

Garantie: Zurücknahme. Hochfeinste
Centrif.-B., täglich frisch, 8.80 Mk., frische,
süße Land-B., 7.80 Mk. 5 Kilo, franco
Nachn. empf. das Meißel-Depot
266] Arno Ross, Elbst.

Neugebauer, stad. gebild.,

staatl. nicht ge-
prüft, Prakt. d.
Homöopathie u. Naturheilmethode,
früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik,
heilt u. langj. Erf. grdl. Geschlechtskrankh.
d. M. u. Fr., Blasen-, Nieren-, Magen-,
Pankr., Haut- u. Nervenleid., Rheumat.,
Blutleiden etc. Grimm, Str. 21, II. Sprechst.
9-2, 5-8, Sonnt. 10-11 Uhr; n. ausw. besief.

Amerikan. Zahn-Atelier.

Geogr. 1863
Leipzig, Universitätsstrasse 2
Halle a. S., Steinweg 27.
v. 2 Mr.

Künstl. Zähne

an.
Kronen- und Brückenarb., Stützähne etc.
Specialität: Gebisse ohne Gummien.
Kunstliche Zahnfleisch.
Schmerzloses Zahnziehen 1.50 Mark.
Schmerzloses Plomb. von 1 Mark an.
Alle unbrauchbare Gebisse werden
tadellos umgearbeitet.

Gummi-

Waren zur Gesundheitspflege
in bester Qualität bei
Frau Auguste Graf
allein noch Nikolaisstr. 4.
Preisliste nur geg. Freiconvert, nicht postl.

Rath

und Anstalt in schwierigen
Rechtsfällen unter Garantie.
Gebäude, Bertrags etc. etc.
Bureau: Grimmische Str. 26, I., 4-7 1/2.
RECHTSRAT, Klagen etc. von erfahr.
Juristen. Moritzstr. 2 (a. Sonntag).
Rechtshilfe, Klagen, Gesuche, Testam.,
Kauf etc., auch Sonntag
vorm. Habermann, Sternwartenstr. 35.

Nähmaschinen aller Systeme

kauft man am besten und nicht zu teuer,
weil keine Ladennote und wenig Spesen,
unter 5jähr. sachmännlicher Garantie, auch
Zahlungsbilanz, bei Rich. Kranich,
Mechaniker, Ringgasse 20, I. 18.
(Schramm Hof). Stets großes Lager.
Auch gebrauchte Maschinen zu 15-25 Mk.
Maschinen zur Kunstfärberei. Verkauft gratis.
Auch habe ich zur Ansicht einige der oft
angekauften Maschinen zu 45 u. 50 Mk.
ausgestellt, doch liefste ich für dieselben
teuerster Garantie. [1091]

Reform-Kinderwagen

Leiterwagen, Korbfahren
gut und billig. [2025]
Ernst Hofmann
Gutrigg, Lindenstr. 14
Ode Rathhausestr.

Zucker

gemahlen à Pfund 24 Pfg. [1409]
Schmalz à Pfund 40 Pfg., Mehl 00 à Pfund 14 Pfg.
sowie sämtliche Kolonialwaren offeriert billig!
F. Beerholdt, Markt 5.

Neue Uhren:

- Nick.-Wecker-Uhren 1.50 Mk.
- Nickel-Rem.-Uhren 5.00 -
- Ness.-Regul.-Uhren 9.00 -
- Silb. Remont.-Uhren 10.00 -
- Gold. Remont.-Uhren 16.00 -

1 neue Uhrfeder ein-
setzen 75 Pfg., garantiert
1. Güte.

Reparaturen:

- 1 neue Uhr-Feder . 75 Pfg.
- 1 neue Uhr-Kapsel . 10 -
- 1 neues Uhr-Glas . 10 -
- 1 neuer Uhr-Ring . 10 -
- 1 neuer Uhr-Zelger . 10 -

1 neue Uhrfeder ein-
setzen 75 Pfg., garantiert
1. Güte.

Leser der Volks-Zeitung noch
10 Proz. Rabatt.
M. Kemski
Nürnberger Str. 6.
Leser der Volks-Zeitung noch
10 Proz. Rabatt.

Südvorstädtische Möbelhallen

Karl Sänger, Südstrasse 9

Grösste Auswahl. — Solide Arbeit. — Billige Preise.
Lieferung unter Garantie und transportfrei. [7797]

Zu haben

in den meisten Kolonialwaren-,
Droguen- u. Seltenshandlungen.

Dr. Thompsons Seifenpulver

ist das beste
und im Gebrauch
billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.

Man achte genau auf den Namen „Dr. Thompson“
und die Schutzmarke „Schwan“.

Marienbad

Leipzig-Neuschönefeld
Eisenbahnstrasse Nr. 66.
Konradstrasse 25.
Schwimmbassin 20°

Dampfbäder, russische, römisch-katholische, Voll-
und Zell-Dampfbäder, Einpackungen,
Specialformen, anerkannt vora. Massage.
Damenzeit von 1-4 Uhr nachm. Schwimm-
bassin, kristallklares Wasser. Damenzeit:
Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-1/2 Uhr
nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag von
1/2-11 Uhr vorm. Bannbäder I. u.
II. Klasse für Damen u. Herren zu jeder Tages-
zeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh
6 bis abends 8 Uhr geöffnet. [3658]

PATENTE. Gebrauchsmuster.

Markenschutz beim Kaiserl. Patentamt besorgt:
Ed. Breslauer, Ingenieur, Goethestrasse 7.

Seelig's Kaffee- Essenz

ist der
feinste ergo-
bige und billige
Kaffee-Zusatz, welcher
dem Kaffee einen vollen, kräf-
tigen Mokka-Geschmack ver-
leiht und dem Kaffee
eine prächtige,
goldbraune
Farbe gibt.

Prämiert: Paris, London,
Chicago, Berlin.
Emil Seelig, A.-G., Heilbronn.

Nähmaschinen

Fahrräder und Weingmaschinen
unbedenklich
in Konstruktion,
bestem Material
und tadelloser
Arbeit. Billigste
Preise. 5 Jahre
sachm. Garantie.

Wilhelm Frenzel, Mechaniker

Leipzig-Neustadt, Eisenbahnstr. 31.
Große Reparatur-Werkstatt für alle
Fabrikate. [8027]
Lager sämtlicher Zubehörtelle.
Unterhalt und Versand jedergelt kostenfrei.
Günstige Zahlungsbedingungen.

Photograph. Atelier Bruno Riedel

Nr. 9 Leipzig
Rosenthalg. Nr. 9.
Nicht verlaufen!
Von Mk. 4.50 an
liefert 12 St. Visit- u. 1 St. Kab.-Bild
Vergrößerung, Kreidemanier n. j. Bilde
von 10 Mk. an,
Gruppen-Bild à Bild v. 2.50 an,
für alles nur allerbeste Aus-
führung garantiert.
Telephon
A. I. 2616
Sonntags
geöffnet.

Generalvertreter: [8080]
Karl Giesecke, 2. Magdavit.
Kinderkörbe 3.- Mk.
Papierkörbe 75 Pfg.
Tragkörbe 2.75 Mk.
Einfache Kinder-
stühle . . . 45 Pfg.
Matratzen . . 75 Pfg.
etc. etc.
Alle Reparaturen
schoell und billig.
Kurprinzstrasse 24,
Ecke Windmühlenstr.

Betten! Betten!

Besonders preiswert
Rote und bunte Inletts
Doppelbett, Unterbett u. Stiffen Mt. 10,
12.70, 14.50, 17.75, 19.50. Großes
Lager fein. Ausstattungsbett 5.50 Mk.
Wahlische Bettfedern, gut gereinigt,
Pfd. 55, 80 & 1-1.50, 2-4.50 Mk.
verkauft, so lange der Vorrat reicht.
Nürnberger Straße 22.

Zum 23. Februar 1848.

Der Beweis. Gezeichnet von Chr. Philippson (La Caricature, 1834).



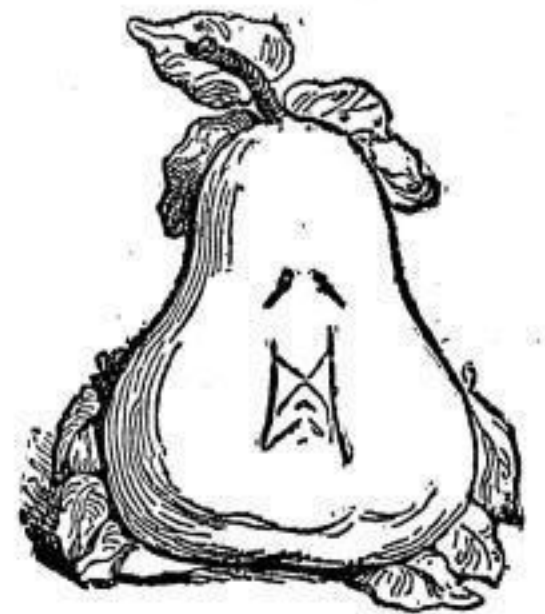
Dieses ist das Bild von Louis Philipp, nicht wahr?



Demnach muß man doch sagen, daß ihm dieses sehr ähnlich sieht.



Und weiter gleicht dieses Bild vielleicht nicht dem zweiten?



Also wird man auch nicht bestreiten, daß diese Birne den vorhergehenden Bildern gleicht!

Wann wird denn diese Partie zu Ende sein?

Gezeichnet von Desperet.



Matt werden kann ja nur der König!

23. Februar!

Gezeichnet von H. Daumier (Le Charivari, 1848).



Die letzte Sitzung der Minister!

Sags zuvor.

Sags darauf.

(Journal pour Rire, 1848).



Vertrauen Sie auf unsere Ergebenheit, unsere Anhänglichkeit, unsere Treue, unseren Mut etc. etc. etc.

Derjenige, der selber immer wieder davon glaubt.

Vertrauen Sie auf unsere Ergebenheit, unsere Anhänglichkeit, unsere Treue, unseren Mut etc. etc. etc.

Gezeichnet von Eduard Fuchs, München.

Zu unseren Bildern.

Der unheilvolle Regierung Louis Philipps hat Frankreich sein erstes politisches Karikaturenblatt, La Caricature, zu verdanken, die Charles Philippon im November 1830 ins Leben rief. Hier führte der geniale Zeichner einen erbitterten Kampf gegen die Regierung. Sein böshafter Stift verfolgte Regierung und König auf allen ihren Wegen.

In dieser Zeitschrift erschien jene weltberühmte Karikatur auf Louis Philipp, die diesem den Beinamen die Birne eintrug. Dem Zeichner Philippon aber trug sie eine Krone wegen Majestätsbeleidigung ein. Da war er um eine Verteidigung nicht verlegen. Er führt in den vier ersten Bildern unserer heutigen Nummer den Beweis, daß des Königs Kopf einer Birne gleich, und bekam die Krone auf seine Seite.

Nur zwei Jahre vergingen, da fand La Caricature einen Genossen in der neuen Zeitschrift Le Charivari, dem die beiden Mittelbilder der heutigen Nummer entnommen sind. Auf dem einen Bild spielt Marianne mit der phrygischen Mütze, das Sinnbild des revolutionären Frankreichs, mit dem Birnenkönige eine Partie Schach. Wer wird gewinnen? Den Ausgang des Spiels zeigt deutlich das danebenstehende Bild: Da stürzen die Minister davon in wilder Hast, als Marianne zur Thür hereintritt.

Das unterste Bild entstammt dem Journal pour Rire, das im Jahre 1848 La Caricature ablöste und bis heute fortlebt unter dem Titel Journal amusant. Es geißelt die Kabbale der Herren Bureaucraten. Gestern haben sie sich vor dem Birnenkönig verneigt, heute verneigen sie sich vor Marianne, die den Schwächling vom Throne gestossen hat. Zwischen beiden Gruppen aber steht treuherzig der Arbeiter, der Aufsehermann, Gewehr bei Fuß: er blickt in die Zukunft hinaus und träumt, während ihn die Gegenwart nachführt.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Großbritannien.

Sir James Stansfeld. — Eine katholische Universität für Irland. — Lord Cromer und Westafrika.

London, 10. Februar. Sir James Stansfelds Tod verdient bemerkt zu werden, weil der verstorbene charaktervolle Staatsmann der letzte Liberale der alten Schule war, ein Radikaler, der wie Wendell seine politische Lehrtätigkeit unter den Charaktern der vierziger Jahre durchgemacht hatte und durch und durch Demokrat war, als er 1859 für Halifax ins Unterhaus gewählt wurde. Bis 1895, als er aus dem politischen Leben schied — er war 1820 geboren — hat er diese Stadt im Unterhaus vertreten. Mit seinem Tode ist auch das letzte Band zerrissen, das den englischen Radikalismus an die Revolutionsbewegungen des Festlandes knüpfte. Er war ein intimer Freund Mazzinis gewesen, der in Stansfelds Haus in London stets willkommen war. Sogar als Stansfeld in Lord Palmerstons Verwaltung einen Posten hatte, kam die Verbindung der beiden Männer im Unterhaus zur Verhandlung. Stansfeld ist zweimal Kabinettsminister gewesen, aber er hat seiner politischen Laufbahn dadurch geschadet, daß er die Abschaffung der sittenpolizeilichen Vorschriften in Garisons- und Hafenstädten befürwortete und auch durchsetzte. Herr Gladstone bot ihm nunsonst einen Vordrill an; aber Stansfeld beugte sich mit dem Großkreuze des Bathordens, das ihm Lord Rosebery verlieh.

Die Adressdebatte hat in Bezug auf die Errichtung einer katholischen Universität in Irland der Regierung treffliche Aufklärungsdienste geleistet. Balfour hatte schon voriges Jahr im Namen des Kabinetts Irland eine katholische Universität versprochen, und die irischen Bischöfe hatten sich damit zufrieden gegeben, daß eine solche Anstalt sich dieselben Einschränkungen müsse gefallen lassen, wie eine protestantische Hochschule. John Dillon brachte die Sache als Amendement zur Adresse zur Sprache, und nun weiß man, weswegen die Thronrede kein Wort über eine katholische Universität für Irland enthält. Nicht nur sind viele Radikale dagegen, in den Reihen der Konservativen ist man dem Projekt womöglich noch feindseliger gestimmt und die irischen Unionisten besonders gebärdeten sich mit einer Erbitterung, die die Minister auf die Gefahr aufmerksam machte, die man lief, wenn man diese Herren beleidigte. Zum Teil sind die irischen Priester selbst daran schuld, wenn die irdische Verwaltung keine Irländer als Beamten einstellen kann, weil sie nicht genügende Vorbildung haben. Sie unterfragen nämlich den Katholiken den Besuch protestantischer Hochschulen, wie Trinity College, um damit eine eigene Universität zu erzwingen.

Die vom Daily Chronicle gestern in Umlauf gebrachte Nachricht, daß Lord Cromer, Englands Vertreter in Ägypten, ins

Kabinet des Lord Salisbury eintreten und das Auswärtige Amt übernehmen werde, hat mehr Wahrscheinlichkeit für sich als die früher von diesem Blatt ins Publikum geschleuderten Gerüchte. Die Veranlassung dazu liegt wahrscheinlich in der notorischen Unzufriedenheit der Tories mit der Parteileitung und mit der jämmerlichen Vernachlässigung englischer Interessen durch das Auswärtige Amt, dessen Chef Lord Salisbury ist. Seine Kollegen, vorab Chamberlain und Hicks-Beach, die vor ein paar Wochen mit vollen Wadern in die Welt hinausposaunten, daß England zu den Waffen greifen werde, lieber als seine Handelsinteressen aufopfern, sehen jetzt sehr dümm aus: ihr Chef hat sie zum Narren gehalten. Er hat wieder nachgegeben. Chamberlain besonders, der die handelspolitischen Interessen des Landes besser kennt als sein adeliger Chef, soll fürchterlich erboht sein und ginge am liebsten selbst ins Auswärtige Amt. Aber die Tories können den Streber nicht leiden. Lord Cromer kennt Afrika und es ist nicht unmöglich, daß eine stärkere Hand im Kabinet gewünscht wird, um die kritisch gewordenen Unterhandlungen mit Frankreich wegen Westafrika zum Abschluß zu bringen.

Die Vorgänge im Nigergebiete.

London, 21. Februar. Der Staatssekretär für die Kolonien Chamberlain erklärt im Unterhaus, er habe keine weiteren Informationen in betreff der Zwischenfälle erhalten, die in den am Freitag verlesenen Telegrammen erwähnt waren. Er habe gestern vom Oberstleutnant Pilscher, dem Befehlshaber von Laloga, Telegramme erhalten, die besagen, es seien Nachrichten eingegangen, daß vier französische, europäische Offiziere mit hundert Mann in Agunga eingekerkert seien. Chamberlain fügt hinzu, er könne nicht glauben, daß während der zur Zeit schwebenden Unterhandlungen die französische Regierung die Ermächtigung zum Einfall in dieses Gebiet gegeben habe, auf das Englands Rechte durch die Ueberretzung zwischen England und Frankreich anerkannt seien.

Eine Note der französisch-österreichischen Agentur Havas besagt, es sei absolut unrichtig, daß sich französische Streitkräfte gegenwärtig zwischen Solola und dem Niger befinden. Die Nachricht sei lediglich die Wiederholung eines bereits dementierten Gerüchts.

Nordamerika.

Spanisches.

Washington, 21. Februar. Der spanische Geschäftsträger in Venedig erklärt, daß der Marine-Attache Sobral durch ein vom 24. Januar datiertes Dekret seines Postens enthoben worden sei. Der Schritt hängt vermutlich mit einer angeblichen Judiskretion Sobrals zusammen, der dem Herald zufolge erklärt haben soll, die Disziplin unter den amerikanischen Marinesoldaten sei schlaff, und, falls Krieg ausbräche, würde er infolge der von ihm gesammelten Informationen Spanien von großem Nutzen sein können.

Es ist noch nicht entschieden, welches Kriegsschiff zum Ersatz der Maine nach Havana geht, obgleich bestimmt ist, daß ein anderes Kriegsschiff dahin entsandt werden muß. Entweder wird das Montgomery oder der Nashville nach Havana abgehen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. Februar.

In dem **Musikwerk Kronbadour**, Dörrienstraße, sind 10 Arbeiter wegen Lohnunterschieden entlassen worden. Zugug ist ferngehalten von Werkzeugkloppern, Mechanikern, Durchstählern, Uhrmachern und Hülfarbeitern.

Achtung, Former! Die Eisengießerei und Maschinenfabrik Brandes u. Comp. in Wolfenbüttel, wo die Former streifen, sucht hier unter günstigen Bedingungen Arbeiter anzuwerben. Die organisierten Kollegen seien hiermit auf die Firma aufmerksam gemacht.

Der **soeben erschienene Jahresbericht des Landesmedizinalkollegiums** enthält über das Geheimnisswesen in Sachsen folgende allgemeine Angaben: Neben den 1761 Ärzten gab es im Jahre 1896 745 Kurpfuscher. Von diesen 745 Personen übten 220 Naturheilkunde aus, 108 Sympathie, 97 Homöopathie, 72 Massage, 64 Jahnsheilkunde, 46 Magnetismus, 19 Bandwurmkuren, 9 Baumheilkunde. Berufsarten waren alle vertreten, am stärksten die der Barbiers, Weber, Strumpfwirker, Schuhmacher, Heilgehilfen, Arbeiter, Schneider, Bademeister, Tischler. Die Methode, alles, was nicht zu den fünfzigsten Ärzten zählt, einfach als Kurpfuscher zu bezeichnen, dürfte den schärfsten Widerspruch herausfordern.

An die **Adresse des Herrn von Poddelski** richtet die Pharmaceutische Zeitung folgenden Wunsch: Wir legen der Reichspostverwaltung ans Herz, gegen eine Gesamtvergütung oder eine mäßige Vergütung von Fall zu Fall Arzneien durch die Landbriefträger abtragen zu lassen. Wie angenehm wäre es für die Landbewohner, die durch Pflege der Kranken selbst verhindert sind, wenn ihnen die Medikamente durch den Landbriefträger, der ja so wie so täglich jedes Dorf zweimal begeben muß, mitgebracht würden. Bei der Einklieferung als Paket geht viel Zeit verloren und es ist auch zu teuer. Empfehlenswerter wäre eine Lage von 10 Pfg. und lose Einklieferung von Arzneien bis zu 500 Gramm. Die Reichspostverwaltung würde nach Ansicht der Pharmaceutischen Zeitung auch materiell gut dabei fahren.

Die **Ordnung der Handelshochschule zu Leipzig** hat in allen ihren Teilen die erforderliche Genehmigung des Ministeriums des Innern erhalten. Die Bildung des Handelshochschulsenats wird demnächst erfolgen.

Das **Verzeichnis der Ferienkurse für Ärzte und Studierende**, die in den Osterferien an der Universität Leipzig abgehalten werden, ist im Augusteum der Universität angehängt. Danach haben 14 Professoren und Privatdozenten Ferienkurse angekündigt. Nicht an hiesiger Universität immatrikulierte Hörer bedürfen zum Besuch der Kurse einer von der Anstalt abgestempelten Legitimation.

Tätigkeit des Samaritervereins zu Leipzig. Im Monat Januar 1898 wurden der Geschäftsstelle im ganzen 678 Krankheitsfälle gemeldet, darunter 592 Unfälle und 61 plötzliche Erkrankungen. Nicht behandelt wurden 20 Fälle. Die Hilfestellungen verteilten sich wie folgt:

Die I. Sanitätswache (Nikolaikirchhof 2, Eingang Nikolaistraße) gewährte 206 Personen (127 am Tage und 79 in der Nacht) ihre Hilfe. Hiervon wurden 193 Erwachsene und 13 Kinder in 190 Fällen auf der Wache und in 16 Fällen außerhalb derselben behandelt. In 182 Fällen lagen äußere und in 15 Fällen innere Erkrankungen vor. In 1 Falle wurde Geburtshilfe geleistet. Nicht behandelt wurden 5 Personen, da eine der Sanitätswache, eine dem Trierschen Institut und eine dem Augenarzt überwiesen wurde, während sich ein Kranker schon wieder erholt hatte und ein anderer eine Behandlung ablehnte. Zurückgewiesen wurden 3 ältere Krankheitsfälle. Betriebsunfälle kamen 63, Verletzungen in der Trunkenheit 9 und infolge Schlägereien 48 vor.

Die Hilfe der II. Sanitätswache (Peterssteinweg 17) verlangten insgesamt 202 Personen (156 am Tage und 46 in der Nacht), darunter 179 Erwachsene und 23 Kinder, die in 188 Fällen auf der Wache und in 14 Fällen außerhalb derselben wegen 175 äußerer und 19 innerer Erkrankungen behandelt wurden. Zwei Patienten wurden nicht behandelt, weil sie am Erkrankungsort nicht mehr zu finden waren. Als nicht zur ersten Hilfe gehörig wurden 6 Fälle zurückgewiesen. Betriebsunfälle sind 69 zu verzeichnen, wogegen 3 Personen in der Trunkenheit und 21 in Schlägereien Verletzungen erlitten.

Die Benutzung der III. Sanitätswache (Dresdener Str. 22) fand in 180 Fällen (124 am Tage und 56 in der Nacht) durch 140 Erwachsene und 20 Kinder statt und zwar 141 mal in und 19 mal außerhalb der Wache. Behandelt wurden 141 Personen wegen äußerer und 12 wegen innerer Erkrankungen. In 2 Fällen war der Tod sofort eingetreten. 4 Fälle wurden nicht behandelt, da 3 Fälle zurückgewiesen werden mußten und 1 Patient am Unfallort nicht mehr anwesend war. Betriebsunfälle kamen 68, Verletzungen in der Trunkenheit 9 und in Schlägereien 18 vor.

Von den Sanitätswachen wurden auf Verlangen für Polizei-Gerichte cc. 13 Befundbescheine ausgestellt und 22 Krankentransporte ausgeführt.

Im Vieh- und Schlachthof haben die als Nothelfer ausgebildeten städtischen Beamten in 68 Fällen und in der Markthalle in 8 Fällen bei äußeren und inneren Verletzungen die erste Hilfe gebracht, von denen 23 Fälle sofort einem Arzt überwiesen wurden.

Nach **Ausweis** der von den betr. Amtsstellen eingegangenen Zählarten griffen auf den Straßen und an öffentlichen Vergnügensorten die Schuß- und Feuerwehrcorps bei 17, sowie die freiwilligen Samariter bei 17 Unfällen helfend ein.

Besonders hervorzuheben sind von äußeren Verletzungen: 2 Gehirnerschütterungen, 7 Knochenbrüche (darunter 1 offener), 2 Verrenkungen, 7 Verstauchungen, 11 heftigste Quetschungen, 68 ausgebeulte Weichteilwunden, 1 Krampfadernentzündung, 4 gefährliche Stiche, 2 Schuß- und 1 Wundwunde, 16 Fremdkörper im Auge, 1 in der Speiseröhre, 10 in Weichteilen, 7 ausgebeulte Verbrennungen um 1 Harnverhaltung; von inneren Erkrankungen: 6 Fälle schwerer Bewußtlosigkeit, 15 Krampfanfälle, 2 Schlaganfälle, 1 Erkrankung der Lungen, 3 des Herzens, 3 des Magens und Darmes, 1 Fall von Kollik, 2 innere Blutungen, 1 Benzol- und 1 Alkoholvergiftung.

Stenographische Einigungsversuche. Zu diesem Thema wird uns noch geschrieben: Die Annäherungsbestrebungen der vokal-schreibenden Systeme, über die die Leipziger Volkszeitung in Nr. 88 eine kurze Notiz veröffentlichte, müssen nach einer aus Fachkreisen übermittelten Zuschrift schon jetzt als gescheitert angesehen werden. Herr Moller, der Erfinder des stärksten, an der Einigung beteiligten

Vorigen Sonnabend Eröffnung!

Neu!

Einzig!!

Zaubergarten

Restaurant, Café und Weinstube.

Neu!

Einzig!!

14 Nikolaistraße 14 Leipzig 14 Nikolaistraße 14.

Einem hochgeehrten Publikum Leipzigs und Umgegend empfehle ich meine vollständig umgestalteten Räume, welche in ganz neuem Stile malerisch und plastisch in hervorragender künstlerischer Weise mit Lichteffekten als größtes, feinstverleitetes Restaurant Leipzigs dasitzt und durch den angenehmen Aufenthalt den ersten Rang einnimmt. Sämtliche dekorative Ausstattung und Malereien sind von dem Dekorationsmaler

Herrn Georg Triebe, Leipzig

entworfen und ausgeführt.

An das Café, welches in modernem, englischem Stile gehalten ist, schließt sich unmittelbar das Restaurant in getreuer Nachbildung eines **Italienische Osteria** mit der **blauen Grotte von Capri** an und endet mit dem **Wein-Restaurant** in Gestalt des **Heidelberger Fasses**.

Zum Ausklang gelangt das so beliebte **Reichelbräu**, gen. die „Perle von Kulmbach“ sowie **Münchener Bürgerbräu**. **Unverkäufte gute Käse**.

Weine der renommiertesten Firmen. **Schachungsvoll P. Roediger.**

Systems, schreibt nämlich in Nr. 2 seiner Zeitschrift *Monter* folgendes: „Das Einigungsversuch ist nicht gelungen, weder formell noch sachlich, sondern nur eine Uneinigkeit unter den Vertretern aller stenographischen Schulen und Richtungen ist die Folge des Hineinziehens des v. Kunowskischen Systems in die Einigungsversuche!“ und er fordert von seinen Anhängern „mehr Fleiß in der Agitation und mehr Ehrlichkeit im Verhalten; nur dann kann ich euch „Meister“ bleiben.“ Auch Waischen, hundert dem fast die ganze Waischen'sche Schule steht, tritt ganz energisch gegen eine Einigung auf Grund des Kunowskischen Systems auf, und es bliebe somit nur noch die Schule der „National-Stenographie“ übrig, die leider bloß aus den Erfindern dieses Systems, den Brüdern von Kunowski, besteht. Die vorkalendernden Systeme hätten sich an den Schulen Stöße, Schrey, Welten u. ein Beispiel nehmen können, denn bei letzteren hat man gesehen, was ohne kleinliche Eigenliebe und das sogenannte Pietätsgelübde gegen Althergebrachtes geleistet werden kann. Das aus den genannten Schulen hervorgegangene Einigungssystem Stöße-Schrey ist durch den geschlossenen Uebertritt der Schulen Schrey, Welten, Meres, Blemer, Scheithauer erster Richtung u. und durch den fast vollständigen der Stöße'schen Schule das stärkste System Deutschlands geworden, dem auch das Gabelberger'sche in Bezug auf Vereins- und Anhängerzahl nicht mehr gewachsen ist. Das jugendbräutliche Einigungssystem ist außerdem nicht wie das Gabelberger'sche nur eine Schrift für die „Gebildeten“, sondern eine Volksschrift im vollen Sinne des Wortes, und da es dem veralteten, schwer erkennbaren Gabelberger'schen System in jeder Beziehung überlegen ist, so kann man nur in ihm die langersehnte Einheitssteno-graphie und, weiterbildend, die Schrift der Zukunft erkennen, denn das Einigungssystem Stöße-Schrey ist ebenso leicht erlern-, les- und schreibbar wie die gewöhnliche Schrift, aber bei weitem kürzer als diese; und die Steno-graphie bezeichnet noch gewissermaßen die bedingte, weitere Entwicklung der Schrift überhaupt.

Den Tod im Wasser suchte gestern mittag eine etwa 20 Jahre alte Frauensperson, die an der verlängerten König-Johann-Straße in die Elster sprang. Zwar gelang es, die Unglückliche bald wieder ans Ufer zu ziehen, doch war der Tod bereits eingetreten. Die Wiederbelebungsvoruche waren vergebens. Nachträglich wurde in der Toten eine Handschuharbeiterin erkannt, die wegen Liebesgramms sich das Leben genommen hat.

Kindesleichenam. Im Hofkanale nahe der Kettenbrücke wurde gestern vormittag der Leichnam eines neugeborenen Kindes aufgefunden.

Aus dem Fenster stürzte am Sonntag vormittag in der Dimpfelstraße zu Schneefeld die Ehefrau eines dort wohnenden Schneiders, die mit Fensterputzen beschäftigt war. Die Frau erlitt eine zum Glück nur leichte Gehirnerschütterung.

Eine unglückliche That. In der Mühlgasse, die sehr starken Fall nach der Promenade hin besitzt, rastete die Tiere einer Equipage dahin. Der Kutscher war bereits vom Dach geschleudert und ein Unglück ereignete sich für die übrigen Insassen der Equipage unvermeidlich, als sich ein Offizier mit erhabenem Säbel vor die Pferde stellte. Diese stuyten einen Moment und im Nu saßte der Offizier die Tiere auch dervart am Bügel, daß sie zitternd standen. Unerkannt entzog sich der Reiter dem Danke, so daß Brauereibesitzer Ulrich, der Besitzer der Equipage, diesen öffentlich abtatten muß.

Eine unangenehme Ueberraschung wurde den Besuchern des Maskenballes im hiesigen Vergnügungshaus zu teil. Als die angekündigte Prämierung der besten Masken erfolgen sollte, stellte sich heraus, daß die Prämien vorher von einem Langfinger gestohlen worden waren.

Von der Straße. Gestern abend wurde in dem Rautschen Wäghen ein Mann von einem Feischiervagen, dem er nicht mehr ausweichen konnte, ungerissen, wobei er so unglücklich zu Falle kam, daß das Pferd des Feischirs und dann die selbst über ihn hinwegging. Er erlitt dabei so bedeutende Verletzungen, daß er von einer Abteilung der Sanitätswache vom Plage getragen werden mußte.

Ein Kautionschwindler hat sich vor einigen Tagen in dem Grundstück Querstraße 11 bemerkbar gemacht. Er hat sich dort eingemietet, hat eine Annonce erlassen, nach welcher er einen kautionsfähigen Comptoirboten gesucht hat. Es haben sich eine große Anzahl, darunter auch ein Schneidbergeselle gemeldet, der als Kaution ein Sparfassenbuch mit einer Einlage von über 200 Mk. hinterlegt hat. Das Buch hat der Betrüger sofort für 150 Mk. verkauft und ist verduftet. In der Wohnung des Schwindlers, der sich Hermann Söllner genannt hat, ist ein Sparfassenbuch der hiesigen städtischen Sparkasse, lautend auf den Namen Kurt Paul Richter, zurückgelassen, auf welches der Betrüger ebenfalls 50 Mk. abgehoben hat. Der Schwindler ist etwa 30 Jahre alt, von mittlerer, schlanker Gestalt, hat blondes Haar, blonden Schnurrbart und abgelebtes, blaßes Gesicht. Er trug schwarzen weichen Hut, dunkelblauen Ueber-

zieher und schwarzen Anzug. Das auf den Namen Richter lautende Sparfassenbuch befindet sich in den Händen der Kriminalpolizei.

Ein Flugjahr der Maitäfer soll das heutige sein. Wo man jetzt auf Rasenplätzen, Wiesen und Bruchäckern gräbt, findet man in geringer Tiefe sehr zahlreiche Maitäfer, die schon vollständig ausgebildet sind und nur des Frühlings mit seiner Laubfülle warten, um ihre verderbliche Thätigkeit zu beginnen.

Mittwoch steht vor der Thür und das große Fasten beginnt. Der Karneval mit seinen Parreien und ausgelassenen tollen Streichen ist zu Ende, wenigstens für diejenigen, die von morgen an in Sad und Asche trauern, für die Welt der Gläubigen, die ihr Seelenheil dem Schoß der einen großen Straße anvertrauen. Denn anders als für sie fällt der griesgrämig graue Tag des Aschermittwoch für die übrige Menschheit, für die Welt des Völkerebens, der Politik. Ihr Karneval ist noch in vollem Zuge und an allen Ecken und Enden feiert er mit wüstem Schreien und Lärmen seine tollsten Orgien. Aber es ist kein Spiel fröhlich ausgelassenen Treibens; statt lustiger Masken starren uns überall nur häßliche, von Elend, Not und Haß verzerrte Fratzen an. Und statt rotem Weines fließt in Süd und Osten, wo der Hunger die ausgebeuteten, verarmten Massen des Volkes zum Aufruhr geteilt, rotes Menschenblut.

Und während hier der gerechte Jörn einer brutal danteberggetretenen Klasse sich in Worten und Thaten der Verzweiflung Luft macht, schlägt im Westen der Chauvinismus eines rohen aufgebehten Pöbels zu heißer gleriger Flamme neu empor. Ein vom Rassenfanatismus erfüllter Haufe begleitet als Parrechor die Komödie korrupter Säbelheben. Und wehe dem, der es wagt, für Wahrheit und Gerechtigkeit seine Stimme zu erheben! Nieder mit ihm! Spelt ihn an! Ins Wasser mit ihm, ins Wasser, ins Wasser! Und wie hier: ins Wasser! brüllt an anderen Orten ein anderer Chor: aufs Wasser! aufs Wasser! auf zur Teilung des Chinesenreiches, auf, auf nach Kautschuk, tönt es von allen Seiten, inbesseren Korvettenkapitän A. D. und J. D. gleich Fastenpredigern das Land durchziehen, um dem nach Freiheit verlangenden Volke ein neues Evangelium zu verkünden. Sehet, das himmlische Reich ist nahe herbeigekommen; trachtet am ersten nach neuen Panzerkugeln, so wird euch das andere alles zufallen, als da sind Kosakowskische Erlasse und neue Steuern; neue Kanonen und Gelreibezüge.

Und wenn dann endlich dem Fahnrechtstraum chinesischer Herrlichkeit ein fahnenhammerisches Erwachen nachgefolgt, der Morgen des politischen Aschermittwochs angebrochen ist, dann, deutsches Volk, kann auch dein „Großes Fasten“ beginnen.

Vereine und Versammlungen.

Die Bildhauer Leipzigs hielten eine von 50 Personen besuchte Versammlung in Kaffs Restaurant, Schloßgasse 10, ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Lage der Bildhauer Leipzigs. 2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Die Angriffe auf das Koalitionsrecht. 4. Gewerkschaftliches. Es wurden verschiedene Anträge in Beratung genommen, diese jedoch noch nicht zum Abschluß gebracht. Die Anträge sollen deshalb bis zur nächsten Versammlung von einer Kommission vorbereitet werden.

Sozialdemokratischer Verein L.-Ost. Mitgliederversammlung vom 17. Februar. Tagesordnung: 1. Brennende Fragen der Taktik, Referent Genosse Hantsch; 2. Diskussion über die Presse; 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten; 4. Fragekasten. Genosse Hantsch führte ungefähr aus: Verhältnismäßig selten seien in den letzten Jahren Erörterungen über prinzipielle und allgemeine Parteifragen auf der Tagesordnung unserer Versammlungen gestanden. In den letzten Monaten jedoch hätten sich gewisse Erscheinungen gehäuft, die es unbedingt erforderlich, daß die Genossen von dieser Gepflogenheit abgingen und solchen Dingen wieder mehr ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Als solche Erscheinungen bezeichnete der Referent den Fall Schippel, der die sogenannte Kanonenfrage, die Haltung des Vorwärts der Chinafrage gegenüber, die Bernsteinischen Aufsätze in der Neuen Zeit und endlich die Ausführungen des Genossen Heine in seiner Kandidatenrede im 3. Berliner Wahlkreis. Der Redner geht dann auf die Einzelheiten dieser Vorkommnisse näher ein und schildert sie unter Zugrundelegung genauer Citate aus den Reden und Artikeln der betreffenden Genossen. Mit der Schippelschen Begründung müßten wir jeder Militär- und Marineforderung unbedingt zustimmen. Die Anschauung des Vorwärts, daß die Erschließung Chinas ja doch einmal in dem notwendigen Entwicklungsgange des Kapitalismus liege, führe zum unheilvollsten Fatalismus, die Erklärung Bernsteins, daß ihm „das Ziel nichts“ sei, bedeute einen vollständigen Bruch mit den Grundfragen des Erfurter Programms und die von Heine empfohlene „Kompensationspolitik“ bezeichne nicht nur Proklamierung des von uns mit Recht bisher immer scharf verurteilten Ruhehandels. Das allen diesen Vorkommnissen Gemein-same sei, daß man in ihnen Symptome einer Richtung zu erblicken habe, die darauf hinauslaufe, die Partei von dem Boden des sozialrevolutionären Klassenkampfes abzudrängen und sie in das Fahrwasser kleinlicher Opportunitätspolitik zu leiten. Der Boden, auf dem die Bewegung groß und stark geworden sei, in dem die stärksten Wurzeln ihrer Kraft ruhten, sei der revo-lutionäre. Verließen wir ihn, würden wir unsere Ideale zum alten

Eisen, so nähmen wir der Bewegung jede Kraft, jeden Schwung, so erlöseten wir in den Massen jeden Funken von Begeisterungs-fähigkeit, so gäben wir uns selbst auf. — Daher sei es Pflicht, die ersten Symptome wohl zu beachten; nicht frühzeitig genug könnten die Genossen vor der neuen Richtung gewarnt werden. — Der gespendete Beifall bewies, daß die Anwesenden mit dem Referenten einverstanden waren. In der nun folgenden lebhaften Diskussion bezeichnete Genosse Lehmann es als einen Fehler, daß über Taktik zu wenig gesprochen wird. Genosse Friedemann pflichtet dem Referenten bei und sagt, wenn das Verhalten der Fraktion in der Kanonenfrage von unseren Gegnern gelobt werde, so sei dies beschiänzend für uns. Dadurch könne man zu der Ueberzeugung kommen, daß der Parlamentarismus verpumpt wirke. Die vorkommenen taktischen Fehler führt Genosse Neumann auf die bürgerlichen Elemente zurück, die jetzt in die Partei bringen und ermahnt zur Vorsicht. Genosse Lehmann erklärt sich mit der von Genossen Liebknecht gethanen Aeußerung, auf dem diesjährigen Parteitage über die Taktik zu verhandeln, einverstanden und meint, man solle sich von den Theoretikern nicht übertheoretisieren lassen. Nachdem die weitere Diskussion geschlossen, wird einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die im Sanssouci tagende Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins L.-Ost erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden. Sie erblickt in den neuesten Vorkommnissen innerhalb der Partei besenkliche symptomatische Anzeichen, die, sollten sie vorherrschend werden, geeignet wären, die Partei von ihren alten bewährten Grundprinzipien, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes sich bewegen, abzudrängen. Die Versammlung erwartet daher, um keine falsche Meinung innerhalb der Partei aufkommen zu lassen, von dem nächsten Parteitag eine gründliche Behandlung dieser die Taktik betreffenden wichtigen Frage.“ — Zum 2. Punkt führt Genosse Neumann aus: Es kann sich bei diesen Punkte nicht darum handeln, den Genossen die Wichtigkeit der Presse vorzuführen, sondern nur darum, wie ist am besten dafür zu agitieren. Er bespricht die vom Pressekomitee der Zeitung betrie-genen Karten und fordert die Genossen auf, ebenso wie bei der Gründung des Blattes für Gewinnung neuer Abonnenten zu agitieren. In der hierauf folgenden Debatte wird einestheils die Agitation von Haus zu Haus verworfen, von den meisten Rednern wird sie jedoch hochgehalten. Das gesamte Ergebnis der Debatte ist dahin zusammenzufassen: Die Art und Weise der Agitation ist Sache der Genossen, die Hauptsache ist, daß agitiert wird. — Beim 3. Punkt wird darauf hingewiesen, daß in Anbetracht der 50jährigen Feier des 18. März eine einheitliche Feier angestrebt werden soll. Nach eingehender Debatte wird der Antrag: Der Beschluß der letzten Mitglieder-versammlung, die Märzfeier vom Verein zu veranstalten, wird umgestoßen, einstimmig angenommen. — Unter 4. Punkt wurden zwei Fragen, von denen die eine den Zusammenschluß der Arbeitergesangsvereine des Ostens forderbe, die andere eine Stellungnahme der Genossen zum Begräbnis eines Genossen, der ohne kirchliche Ceremonie begraben wird, anbahnte, dem Vorstand überwiesen.

Redaktions-schluß 1 Uhr nachmittags.

Telegraphische Depeschen.

Wolffs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Rom, 22. Februar. Der Agenzia Italiana zufolge hat ein hiesiger Kaufmann, der mit Sibirien in Geschäfts-Verbindung steht, eine Depesche erhalten, wonach man dort zwei durch Hunger und Kälte ermattete Europäer aufgefunden habe; von denen man glaubt, daß sie Gefährten Andrees waren! Die Unglücklichen wurden sogleich in Pflege genommen, können aber noch nicht sprechen (???)!

Von Nah und Fern.

Brand.

Mannheim, 22. Februar. Wie die Neue Badische Landeszeitung meldet, brach heute nacht im Lagerhause der Landesproduktions-Firma Heymann Feuer aus. Das Gebäude ist vollständig niedergebrannt. Durch den Einsturz einer Mauer wurde ein Mann getölet. Ein Feuerwehrmann wurde schwer verletzt.

Doppelmord.

G. Straßburg i. Elß., 21. Februar. In der verfloffenen Nacht ermordete der 27jährige Federreinger Hieronymus Jung; ein schon mehrfach wegen Diebstahls, Körperverletzung u. vordbestrafter Mensch, aus Eifersucht seine Geliebte Marie Wiedler; und deren Mutter, eine schon bejahrte Tagenerwitwe, nachdem er die beiden Frauen in ihrer Wohnung in Gesellschaft eines anderen jungen Mannes angetroffen hatte. Der letztere wurde von dem Mörder durch Dolchstiche ebenfalls verletzt, jedoch nicht lebensgefährlich. Die Leiche der Mutter weist zwei Stiche im Nacken, diejenige der Tochter deren 11 in Brust und Rücken auf. Der Thäter befindet sich bereits in Untersuchungshaft.

Kleine Chronik.

Leipzig, 22. Februar.

— **Die Vitterarische Gesellschaft** in Leipzig bringt an ihrem letzten Theaterabend Freitag den 25. Februar Frank Wedekinds vieraktige Burleske: Der Erbgeist, zur Aufführung.

— **Diegenmayer 4.** Am 10. Februar starb in München der Historienmaler und Professor an der Akademie der bildenden Künste Alexander von Diegenmayer. 1839 in Raab (Ungarn) geboren, studierte er zunächst in Wien und dann in München unter Piloty. Unter der Leitung des letzteren wibmete er sich erst der Historienmalerei, malte später aber auch Porträts und wurde namentlich in weiteren Kreisen bekannt als Illustrator von Goethes Faust, Schillers Wode und Scheffels Gtfehvard. 1880 wurde er Direktor der Kunstschule in Stuttgart, kehrte aber schon 1888 nach München zurück, wo er als Professor der Historienmalerei an der Akademie wirkte.

— **gm. Hat er Stroß geflochten?** Nämlich der Erzbischof Paulus Melchers, der im Jahre 1874 vom 31. März bis zum 9. Oktober in Köln eine Strafe wegen Uebertretung der Kulturkampfgesetze abwürgen hatte. Diese Frage setzt wieder einmal viele Federn in Bewegung. Im Abgeordneten-hause hat Herr Ueber davon gesprochen und flugs hat der Justizminister die Gemüter getrübet: der Herr Erzbischof sei nur aus Versehen unter den Stroßflechtern gebucht worden, wie schon aus dem Zufage „Selbstbestätigung, Nicht beschäftigt“ hervorgeht, außerdem habe der Herr amfangs 3, später 2 „durchaus angemessene“ Zimmer bewohnt und sei mit anderen Gefangenen nicht in Berührung gekommen.

Nun wird aber die Sache kompliziert. Die Kölnische Volkszeitung bringt die Aussage eines als Schreiber beschäftigten Ströflings bei, monach „alle zwei bis drei Wochen die Buchung einer anderen Beschäftigungsart angeordnet worden sei mit dem Zufage: das ist auch eine passende Beschäftigung für den Straf-gefangenen Melchers.“

Also hat Melchers nicht Stroß geflochten, wurde aber als Stroßflechter in den Büchern aufgeführt. Außerdem wurden ihm in den Büchern noch andere Beschäftigungen zugegeschrieben, und die hat er auch nicht ausgeübt, während er in 2 oder 3 Zimmern haunte. Wozu der viele Lärm? Andere Leute haben doch wirklich Stroß flechten müssen, auch Raffesöhnen lesen und Wolle spinnen. Aber

da es sozialdemokratische Redakteure waren, die das thun mußten, so werden keine langen Debatten geführt, und der Justizminister beillt sich gar nicht, Erkundigungen einzuziehen.

Wenn aber ein Erzbischof sich im Gefängnis selbst bekömigt, 2 bis 3 Zimmer bewohnt und als Stroßflechter und dergleichen nur gebucht wird — nein, das ist schrecklich!

— **Depeschenerrat.** Vor der Frankfurter Straßammer spielte sich dieser Tage ein Prozeß ab, der für unser Zeitungs-wesen von Interesse ist. Seit einigen Monaten war es ausgefallen, daß Privatdepeschen, die für die Frankfurter Zeitung bestimmt waren, fast gleichzeitig in anderen Blättern erschienen. Es lag daher der Verdacht nahe, daß eine Veruntreuung vorliege, und dieser Verdacht bestätigte sich bald. Die Frankfurter Zeitung ließ eine Nachricht singieren und in Satz geben, so daß sie auf den Wärsenabzügen zur Korrektur kam, zog sie aber dann vor dem Druck zurück. Die Nachricht war also in der Frankfurter Zeitung nicht zu lesen, wohl aber brachten andere Blätter die Meldung. Damit war festgestellt, daß eine Veruntreuung vorlag und die nähere Untersuchung ergab bald, daß der Chorführer Sigmund Goldstaub, Direktor des Allgemeinen deutschen Chorführerverbandes, ein geschäftlicher Herr, der ein Depeschenbureau errikt hatte, drei Lausburischen der Frankfurter Zeitung veranlaßt hatte, ihm Wärsenabzüge von Depeschen zuzustellen. Daraufhin wurde gegen Goldstaub gerichtlich vorgegangen, und der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 2 Jahre Zuchthaus wegen Verleitung zum Diebstahl und gewerbsmäßiger Hehlerei. Das Gericht meinte, daß von Diebstahl und Hehlerei in diesem Falle keine Rede sein könnte. Zum Begriffe Diebstahl gehöre, daß dem Besitzer eine Sache weggenommen werde in der Absicht, sie ihm wider seinen Willen dauernd zu entziehen; im vorliegenden Falle aber würde das Objekt, die Wärsenabzüge, für den Besitzer nach kurzer Zeit wertlos; insolgedessen liege weder Diebstahl noch Hehlerei vor! Ganz straflos kam Herr Goldstaub aber doch nicht davon; er wurde wegen unlauteren Wettbewerbs zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

— **Ein blaustüftiger Fälscher und Betrüger.** Aus London wird uns vom 16. Februar geschrieben: Zur Abwechslung heute einmal etwas aus dem Gerichtshof, das von großer sittengeschichtlicher Bedeutung ist. Gestern ist nämlich, wie schon kurz gemeldet, ein gewisser Lord William Nevill zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden für Handlungen, die der Richter als Fälschungen bezeichnete. Lord William Nevill ist der jüngere Sohn des länder-

reichen Marquis von Abergavenny, dessen Vorfahren vor hundert Jahren mit Wilhelm dem Eroberer nach England kamen und von dem Normannenerzog ausgehende Ländereien erhielten, die ein Nachkomme durch eine kluge Heirat noch bedeutend vermehrte. In den Werten des Lord William Nevill fließt das blaueste Blut, das der Nevill und Beauchamp vereint. Wenn der Sprosse eines Adelsgeschlechtes sich das Wort Noblesse obligo hätte merken sollen, so war das mit dem angefallenen Garbeoffizier der Fall, der aber von dem englischen Richter Lawrence mit demselben Maßstabe gemessen wurde, wie der einfache Handelskommissar, der seine Hand in die Geldtasche seines Prinzipals steckte.

Der edle Lord befand sich nämlich im Sommer v. J. während der Pferderennen in einem feinen Haus in Ascot, wo unter den Gästen auch ein junger, erst volljährig gewordener Garbeoffizier Namens Spender Clay, der Lord William von Kindesjahren an kannte, sich befand. Lord William war immer in Gelbnot. Er gehörte zu den Leuten, die es für nötig erachteten, ihre hohe gesellschaftliche Stellung auf Kosten anderer Leute zu unterhalten, und hatte öfter, als für seine Ehre gut war, zu der Kasse von Wucherern Zuflucht genommen. Einer dieser Herren, Samuel Lewis, hatte ihm zu wiederholten Malen bedeutende Summen geliehen und drängte auf Bezahlung. Lord Nevill wünschte die Schuldschine zu verlängern, aber Lewis verlangte die Unterschrift einer verantwortlichen Persönlichkeit.

Lord W. Nevill versiel auf den Gedanken, sich die Unterschrift des unerfahrenen Clay zu verschaffen, der in die Ehrlichkeit seines 16 Jahre älteren Freundes unbefangenes Vertrauen setzte. Der Lord legte dem Herrn Clay im Schlafzimmer mehrere mit Lösspapier bedeckte Aktensilde vor und ersuchte ihn, seine Unterschrift herzugeben, ohne die Papiere zu durchsehen, die seiner Behauptung nach auf den Ehescheidungsprozeß seiner Schwester Lady Conley Bezug hatten. Der junge Offizier unterzeichnete, ohne zu lesen, und setzte auch später noch seinen Namenszug auf ihm vorgeworfene Papiere, ohne zu wissen, daß es Schuldschine waren. Er machte sich damit für die Schuld seines Freundes im Betrag von 340 000 Mk. haftbar.

In einem früheren Prozeß würde diese Haftbarkeit aufgehoben, weil die Unterschriften auf betrügerischem Wege erhalten waren. Gestern hat nun den Betrüger die verdiente Strafe getroffen.

Vor fünfzig Jahren.

II

Die Februarrevolution zu Paris.

Von Wilhelm Blas.

Die beste der Republiken!

So hatte der alte Einfallspinsel Lafayette nach der Juli-Revolution von 1830 den von der Pariser Bourgeoisie auf den Thron geschobenen Fürstentum Louis Philipp genannt. Es war dies gewiß das dümmste Wort, das Lafayette in seinem langen Leben gesprochen hat. Allein die meisten Franzosen hielten es damals für ungeheuer geschicklich und ließen es sich darum gefallen, daß man, nachdem sie den einen Bourbonen gestürzt hatten, ihnen wieder einen anderen zum König setze.

Achtzehn Jahre später waren sie bekehrt, welche Thorheit sie begangen hatten. Sie hatten mit Louis Philipp ihre Erfahrungen gemacht. Sie hatten in ihm einen vollkommnen und konstitutionellen König erwartet und nun sahen sie, daß „die beste der Republiken“ nur der Träger eines Systems von Korruption und Ausbeutung gemeinster Art war. Unter Louis Philipp plünderte eine gierige Bande von Spekulanten und Börsenbamburen das Land aus und konnte dies um so ungenierter thun, als der König selbst unter die Börsenspieler gegangen war. „Bereichert Euch!“ war der Wahlspruch der Finanzaristokratie, von der Karl Marx bitter aber wahr gesagt hat, sie sei „das Lumpenproletariat auf der Höhe der bürgerlichen Gesellschaft“.

Das Kleinbürgertum und die Arbeiter litten unter dem das Volk ausaugenden Finanzsystem der Regierung und die Krisen der vierziger Jahre erzeugten ein unabsehbares Massenelend, während die herrschenden Klassen sich bereicherten und schmeigten. Zahlreiche Verschwörungen bildeten sich, die sich auf die Ueberlieferung von 1793 stützten. Republikanische und sozialistische Geheimbünde suchten die Arbeiterklasse in Bewegung zu bringen.

Herr Guizot, der allmächtige Minister Louis Philipps, hatte nur Polizeimittel gegen die Regungen in französischen Volk. Als die liberale Opposition in der Deputiertenkammer eine Wahlreform verlangte und zur Propaganda sogenannte Reformbanclette arrangierte, da wußte Herr Guizot nichts Besseres zu thun, als das Volk auf den 22. Februar angelegte Reformbanclette zu verbieten. Hätte er geglaubt, welche Wirkungen diese Maßregel nach sich ziehen würde, er hätte die Herren von der liberalen Opposition gewiß ruhig essen, trinken und reden lassen. Aber er fühlte sich so sicher, er hatte ja ein Heer und in der Kammer eine Mehrheit von Nameluden, die jede Opposition niederbrüllten und niederstimmten. Er konnte auch die liberale Opposition, die aus zaghaften Menschen bestand und die sich auch unter das Verbot duckte. Man wollte die Minister in der Kammer anklagen, was gegenüber der Nameludenmehrheit eine Lächerlichkeit war.

Aber das Volk von Paris war inzwischen durch den Lärm, den das Verbot des Bancletts verursacht, erregt worden, und die Erregung wuchs, da man allgemein gegen das „System“ des Herrn Guizot erbittert war. Die Vorboten einer Volks-erhebung, die von kundigen Männern sogleich erkannt wurden, zeigten sich schon am 22. Februar. Volksmassen sammelten sich in den Straßen, es gab Lärm und Tumulte, aber zum Kampfe kam es noch nicht.

„Paris gärt“, meldete man dem König. „Warum sollte es nicht?“ sagte dieser lachend. „Aber diese Gärung wird sich von selbst legen. Im übrigen sind alle Vorbereitungen getroffen.“

Thörichter Hochmut der „Birne“, die so schnell geschüttelt werden sollte!

Aber in der Nacht wuchs die Bewegung; namentlich in Saint-Antoine, dem alten Hauptquartier der Revolutionen, waren die republikanischen und sozialistischen Geheimbünde thätig. Die Straßen waren voll Menschen; man hörte wieder die Marschmusik erklingen, und das Volk prügelte sich mit der verhassten Municipalgarde.

Bedeutende Truppenmassen wurden aufgeboten. Indessen ward man in den Tuilerien denn doch bedenklich, als es hieß, die Nationalgarde sei nicht zuverlässig. Guizot dankte ab und man setzte ein Ministerium Molé ein.

Die Bourgeoisie oder die liberale Opposition brach in Jubel aus; sie sah sich am Ziel. Sie glaubte in ihrem Hochmut, nun sei alles zu Ende. Sie rechnete gar nicht mit dem Volke.

Aber inzwischen war auf den Straßen der Kampf ausgebrochen. Dem Volke war es ganz gleichgültig, ob der Ministerpräsident Guizot oder Molé hieß. Es wurden Barrikaden aufgeworfen, Waffenladen erbrochen und die Straßenschlacht erfüllte schon einen Teil von Paris. Der Marschall Bugeaud, ein dem Volke verhaßter roher Saubeger, wurde zum Befehlshaber der Truppen ernannt und nun loderte der Grimm des Volkes unabsehbar empor. Man wußte nun, daß auf eine Niederlage des Volkes ein blutiges und grausames Strafgericht folgen werde. Die Barrikaden vermehrten sich mit unglaublicher Schnelligkeit. Schon an diesem Tage gab es auf beiden Seiten viele Tote und Verwundete.*

Indessen hätte der Kampf wohl nicht so schnell eine entscheidende Wendung genommen, wäre nicht einer der in Revolutionszeiten so häufigen Zufälle eingetreten und hätte die Flamme der Revolution dermaßen angefaßt, daß sie himmelhoch emporschlug und das ganze „System“ Louis Philipps in einem mächtigen Zuge verschlang.

Vor dem Hause Guizots stieß eine andrängende Volksmasse mit einem dort aufgestellten Bataillon Linie zusammen; das Bataillon gab Feuer, und als der Pulverdampf sich verzog, sah man achtzig Menschen am Boden liegen.**

Die Wirkung dieser That war eine furchtbare. Beläubendes Mut- und Nachgeschehri erscholl durch die Straßen; die Toten

wurden unter Jackelschein auf Karren und Wagen durch die Straßen gefahren. Tausende und Abertausende von Volkskämpfern strömten bewaffnet auf die Straßen, die Sturmglocken heulten und bald war Paris von einem alles beherrschenden Barrikadennebel bedeckt. Die Illumination, die wegen des Sturzes von Guizot in einigen Bourgeoisvierteln begonnen worden war, verschwand rasch im Pulverdampf der Straßenschlacht und in ganz Paris brüllte der Geschützdonner und knallerte das Gewehrfeuer.

Bugeaud hatte prahlerisch angekündigt, daß er den Aufstand ohne Gnade niederwerfen werde. Er teilte seine Macht, etwa 25000 Mann, in fünf Kolonnen, die in Verbindung miteinander operieren sollten. Die Nationalgarde und die Jüglinge der polytechnischen Schule gingen inzwischen zum Volke über, weil sie von Bugeaud nichts wissen wollten. Der Aufstand gewann stündlich an Terrain und die Straßenschlacht war von schrecklicher Wut und Erbitterung. Das Militär ging zum Teil auch zur Insurrektion über und eine Position nach der anderen wurde vom Volke genommen.

Louis Philipp konnte noch immer nicht daran glauben, daß das Endziel des Aufstandes der Sturz des Jullikönigtums sei. Er berief daher ein „liberales“ Ministerium, an dessen Spitze er den damals schon berühmten Thiers stellen wollte. „Freiheit! Ordnung! Reform!“ lautete die Devise der neuen Regierung. Allein das Volk von Paris nahm von diesem Ministerium gar keine Notiz; es wollte von dem Ganzen Thiers so wenig wissen, wie von dem Schlächter Bugeaud. Es wurde weiter gekämpft und bald war Bugeaud überall im Nachteil. Der großmäulige Oberbefehlshaber sah sich in die Enge getrieben, und die Niederlage der getrennt voneinander kämpfenden Truppen ward unvermeidlich.

In den Tuilerien drängten sich Prinzen, Häflinge und Hofdamen in atemlosem Schrecken um den König. Dieser erkannte endlich, daß seine Rolle ausgespielt sei, als die Nationalgarde im Schloßhofe sich gegen ihn erklärt hatte. Er hörte die Brandung des Aufstandes gegen die Tuilerien herankommen und verlor gänzlich den Kopf. Der politische Lump Girardin gab ihm den Rat, abzudanken, und er that es. Auf derselben Stelle, wo 1793 sein Vater, Philipp von Orleans, genannt Egalité, guillotiniert worden war, stieg er in eine Droschke und entfloh. Der Republikaner Crémieux war so gutmütig, ihm seine „Papierchen“ nachzutragen.

Gleich darauf wurden die Tuilerien von der siegreichen Volksmasse genommen. Wie einst am 10. August 1792 drangen die bewaffneten Bürger und Proletarier zu Tausenden in den alten Palast der französischen Könige. Der Ruf: „Es lebe die Republik!“ brauste unaufhörlich durch die Lüfte. In den Brunnen trieben die Sieger allerlei Mutwillen, hüllten sich in die Schlafrocke des Königs oder gar in die Gewänder der Prinzessinnen und tanzten die Carmagnole. Gestohlen wurde nichts; an den Wänden stand angeschrieben: „Tod den Dieben!“ Einer, der stehen wollte, ward erschossen — so eifersüchtig wachte das siegreiche Pariser Volk über seine Ehre.

Das Jullikönigtum verschwand in einem Nu, und das Volk wollte dies auch symbolisch ankündigen. Ein Arbeiter, die rote Fahne in der Hand, sprang auf den Thronstuhl, auf dem noch vor wenigen Stunden der König gravitätisch gesessen, und rief: „Gott die Republik!“ Dann ward der Thronstuhl von vier handfesten Männern gepackt und nach dem Bastilleplatz gebracht, wo man ihn inmitten einer unabsehbaren Volksmenge und unter deren fröhlichen Jauchzen verbrannte.

Inzwischen war die Herzogin von Orleans, eine medlenburgische Prinzessin, mütterlich als der Fürstentum, in der Deputiertenkammer erschienen, ihre beiden minderjährigen Söhne an der Hand. Sie wollte eine Regenschicht im Namen ihres ältesten Sohnes übernehmen. Die Kammer konnte nicht gleich zu einem Entschlusse kommen. Eine lange und verworrene Debatte begann. Die Revolution schnitt diese Debatte ab, denn plötzlich brach das Volk in Waffen herein und es erscholl der gewaltige Ruf: „Keine Bourbons mehr! Es lebe die Republik! Eine provisorische Regierung!“

Verschiedene Votenstimm unter den Abgeordneten rissen aus und in dem entstehenden Gedränge ward die Herzogin von Orleans mit ihren Söhnen davongewirbelt.

Die provisorische Regierung ward eingesetzt. Man ernannte zu deren Mitgliedern den bekannten Dichter Lamartine, Dupont de l'Éure, Crémieux und Arago als gemäßigte, Ledru-Rollin, Marie und Garnier-Pagès als entschiedene Republikaner. Zu Sekretären ernannte man Marraut und Flocon, zwei republikanische Journalisten; dann den Sozialisten Louis Blanc und zuletzt den Mechaniker Albert, um auch einen Arbeiter in der Regierung zu haben.

Der völlige Sturz des Königtums bewirkte, daß auch die Provinz sich der Republik anschloß. Während Louis Philipp nach England floh, ließ die englische Regierung der neuen französischen ihre freundschaftliche Gesinnung versichern.

Während Paris sich einem unbegrenzten Jubel ergab, erließ die neue Regierung eine Menge von Dekreten. Sie errichtete eine Mobilgarde von 24 Bataillonen und trat dann an die „Arbeiterfrage“ heran. Es mußte etwas geschehen; das sahen auch die Bourgeois in der provisorischen Regierung ein. Die bewaffneten Massen verlangten ihren Anteil an der Frucht des Volkstages und mit den Arbeitern, die sich mit Recht als die eigentlichen Helden und Sieger des Tages fühlten, war nicht zu spaßen. So erließ denn die Regierung das berühmte Dekret, das die „Arbeiterfrage“ vorläufig „lösen“ sollte:

„Die provisorische Regierung verpflichtet sich, die Existenz des Arbeiters durch die Arbeit zu verbürgen. Sie verpflichtet sich, allen Bürgern Arbeit zu verschaffen. Sie erkennt das Recht der Arbeiter an, sich untereinander zu vereinigen, um den gerechten Lohn ihrer Arbeit zu genießen. Die provisorische Regierung giebt den Arbeitern die Willkür, die von der Civilliste fällig ist. Die Tuilerien sollen fortan zum Asyl für die Invaliden der Arbeit dienen. Die provisorische Regierung beschließt die unmittelbare Errichtung von Nationalwerkstätten.“

Ein „Arbeiterparlament“, aber nur mit beratender Stimme, sollte unter dem Vorstehe von Louis Blanc im Luxemburgpalast zusammentreten, und am 5. Mai sollte eine Nationalversammlung zusammentreten, um Frankreich eine neue republikanische Verfassung zu geben.

So schienen alle Wünsche des Volkes erfüllt; die Arbeiter schienen sich Brot und Freiheit erkämpft zu haben und überließen sich einem langen und geräuschvollen Freudenjubiläum.

Überall herrschten Begeisterung und Einmütigkeit; in den ersten Tagen hatte es den Anschein, als seien die Klassenunter-

schiede verwischt und die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit von 1793 sei nun erst zur Wahrheit geworden.

Allein das alles sollte mit einer furchtbaren Täuschung und Enttäuschung enden.

Die Bourgeoisie zeigte gar bald, daß sie nur zum Schein auf die Wünsche der Arbeiter eingegangen war, denn sie hätte dem gewaltigen Volkssturm nicht widerstehen können. Sie nahm die Republik an, um deren Leitung in der Hand zu behalten. Sie wollte damit der gefährlichsten „roten Republik“ vorbeugen.

Das Dekret über die Arbeiterfrage führte zu den verhängnisvollen Zwistigkeiten zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft wegen der Nationalwerkstätten und daraus ging die furchtbare Katastrophe der Junischnacht hervor, die Frankreich der Militärdiktatur auslieferte.

Aber eine solche Entwicklung der Dinge ahnte natürlich niemand. Während die Arbeiter glaubten, sie hätten das kapitalistische Joch abgeworfen, glaubten andere in Vorkerkämpfung die Befreiung der ganzen Menschheit angebahnt zu sehen. Denn die Revolution überschritt die Grenzen Frankreichs und drang in die östlichen Nachbarländer ein.

Reichstag.

46. Sitzung, Montag den 21. Februar 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Goltz.

Die zweite Beratung des Reichshaushaltsetats wird beim Reichskriegsminister fortgesetzt und zwar beim Titel Kriegsmittel.

Sächsischer Bundeskommissar Graf v. Bismarck v. Goltz: Der Abg. Künert hat eine im höchsten Maße beleidigende Äußerung über die sächsische Militärverwaltung gebraucht. Die von ihm erwähnte Thatsache, daß am Sonntag im Militärgefängnis gearbeitet worden ist, ist richtig; das geschah ausdrücklich auf Wunsch der Militärverwaltungen, die sich einen Extraverdienst für die Zeit nach ihrer Entlassung sichern wollten; die sächsische Militärverwaltung hat nichtsdestoweniger, so wie sie davon vernommen, diese Sonntagsarbeit sofort verboten. (Sehr gut! rechts.)

Abg. Webel (Soz.): Es ist bedauerlich, daß der sächsische Militärbefehlshaber nicht auch auf die andere Beschwerde meines Freundes Künert geantwortet hat, die von den außerordentlich niedrigen Arbeiterlöhnen bei Militärleistungen, namentlich im Sattlergewerbe, handelte. Mittlerweile habe ich noch durch einen Brief erfahren, daß von zwei Personen wegen der niedrigen Löhne der eine überhaupt keine deutschen Arbeiter bekam und für sie böhmische einstellte, der andere schlechtes Material lieferte, und daß ihnen trotzdem die Armeelieferung von der sächsischen Regierung übergeben ist; es ist dies der Fabrikant Stacher in Freiberg und der Sattlermeister Dörmann in Bautzen.

Der Herr Kriegsminister hat erklärt, er mische sich nicht in gewerbliche Angelegenheiten. Aber er ist auf der anderen Seite gerade den gewerblichen Wünschen der Herren auf der Rechten entgegen gekommen, z. B. hat er angewiesen, überall von den Gütsbesitzern und Bauern ihre Fourage direkt zu kaufen; der bisherige Zwischenhändlerprofit soll also den Produzenten direkt zu gute kommen. Nun, was den Gütsbesitzern recht ist, ist den Arbeitern billig.

Wir verlangen ja nicht, daß Sie Genossenschaften gründen, aber wir verlangen von der Militärverwaltung, daß sie nur mit solchen Lieferanten Verträge abschließt, die auch selbst die Arbeit liefern. Das ist aber nicht der Fall speziell bei dem Sattlergewerbe. Da teilen die Lieferanten erst noch mit Zwischenhändlern, an die sie die Arbeit abgeben, den Preis, den die Militärverwaltung zahlt, und die Arbeiter erhalten infolgedessen wahre Hungerlöhne, wie man sie in den kleinsten Orten kaum findet. Ja es kommt vor, daß die Lieferanten überhaupt keine Arbeiter beschäftigen, sondern ihren Verdienst einfach daraus ziehen, daß sie die Arbeiten vergeben. Ein solches Ausbeutungsverhältnis ist vollständig unstatthaft, und wir müssen daher verlangen, daß es unter allen Umständen vertragsmäßig festgelegt werde, daß die Lieferanten auch selbst die Arbeit machen lassen.

Ich komme nochmals auf die Soldatenmishandlungen zurück. Der Herr Kriegsminister hat gemeint, wenn solche vorliegen, möchten wir uns doch an ihn und nicht an den Reichstag wenden. Ja, wenn ich nicht überzeugt wäre, daß solche Fälle sehr häufig vorkommen, so würde ich allerdings den Gegenstand nicht vorgebracht haben, so aber betrachte ich es als meine Pflicht als Abgeordneter, die vorhandenen Uebel hier zur Sprache zu bringen, erstens um Maßregeln der Militärbehörde zu provozieren, zweitens aber, weil ich mir sage, daß wenn ich hier als öffentlicher Ankläger aufträte, die Leute in ähnlichen Fällen sich abschrecken lassen werden.

Der Herr Kriegsminister meinte ferner, die Leute bewiesen Mangel an Mut, wenn sie es nicht wagten, sich zu beschweren, früher sei das nicht vorgekommen. Das lehne ich ab, ich habe von früher Jugend auf in die militärischen Verhältnisse Einblick gehabt. Ich bin in der Kammer geboren, habe jahrelang dort gelebt, mein Vater ist selbst Unteroffizier gewesen, und ich weiß genau, daß auch in früheren Zeiten die Mishandlungen außerordentlich zahlreich waren. Es ist doch auch ganz natürlich, daß ein Soldat es nicht wagt, sich gegen seinen Vorgesetzten zu beschweren. Ich behaupte, daß gerade das ganze System des unbedingten Gehorsams, der eisernen Disziplin ganz wesentlich dazu beiträgt. Unvergeßlich ist mir der eine Satz geblieben, den im Jahre 1871 ein Staatsanwalt in Würzburg sprach. Er meinte: „Gerade deswegen haben wir ja das militärische Institut, daß der unabhängige Geist gebändigt wird, und wenn er sich nicht bändigen läßt, daß er gebrochen werde.“ — Also den moralischen Willen stärkt die Armeegewalt nicht. Dazu kommt noch weiter, daß die Armeemittel der Zeit bedeutend größer geworden ist, und sich infolgedessen auch die Zahl der Beschwerdefälle vermehrt hat, auch ist das Gefühl der großen Massen heute weit empfindlicher, sie beurteilen heute gewisse Dinge ganz anders als vor Jahrzehnten. Bekannt ist es ja auch, daß jeder Soldat fürchten muß, wenn er sich beschwert, daß der betreffende Unteroffizier ihn fortwährend schikaniert und ihn das Leben sauer machen kann. Dazu kommt die berüchtigte Privatstrafe, d. h. dem Soldaten droht eine Strafe, falls sich seine Beschwerde auch nur in einem Punkte als nicht ganz der Wahrheit entsprechend herausstellt. Sind überhaupt keine Zeugen der Mishandlung vorhanden, so wird der Soldat, wenn er klug ist, von vornherein auf eine Beschwerde verzichtet; denn, tritt der Offizier nur dreist auf und behauptet ganz einfach: „Der Kerl lägt!“, so wird dem Soldaten überhaupt nicht geglaubt. Sind aber auch einzelne seiner Kameraden dabei gewesen, so wollen es diese natürlich auch nicht gern mit ihren Vorgesetzten verberben.

Dann weiß doch der Herr Kriegsminister genau, daß es auch den höheren Vorgesetzten außerordentlich unangenehm ist, wenn sie häufig Mishandlungsfälle in die Meldungen hinein schreiben müssen. Es sind also so viel Gründe vorhanden, die es dem einzelnen außerordentlich schwer machen, die Anzeige zu erheben, daß solange die Militärverwaltung nicht für Mittel und Wege sorgt, die den Soldaten schützen, sie nicht von Mangel an Mut sprechen darf.

Eine allgemeine Bemerkung möchte ich noch über die beiden Fälle machen, die ich am Freitag erwähnte. Beide Male handelte es sich um Leute, von denen ihre Vorgesetzten ausgaben, daß sie zwar ganz willige Soldaten, aber geistig schwach seien. Ich weiß aber, daß es sich bei sehr vielen, ja den meisten Beschwerdefällen um Soldaten handelte, die nicht im Stande waren, den an sie ge-

* Eine Abteilung Musenmänner hatte ein Wachhaus erkürrt und ein Arbeiter wollte die gefangen genommenen Soldaten umgebracht wissen. Man wies ihn zurecht und er schrie: „Man hat mir meinen Bruder umgebracht; ich muß dafür auch einen umbringen.“ Da legte ein Musenmann ihm die Hand auf den Arm und sagte: „Aber wen könntest Du denn umbringen, der nicht auch Dein Bruder wäre?“ ** 33 waren tot, 47 verwundet.

stellen Leistungen zu genügen, und die Vorgesetzten durch die Unmöglichkeit, dem Manne das einzupacken, was der Dienst erfordert, gereizt, zu solchen Mißhandlungen griffen. Vor allem liegt das an den Militärärzten, die die Leute wohl auf ihre körperliche Beschaffenheit, nicht aber psychologisch untersuchen. Es ist aber eine merkwürdige Thatsache, daß Leute, die geistig schwach sind, in der Regel körperlich starke Menschen sind. Ein solcher Mann wird dann ohne weiteres für tauglich erklärt, und erst beim Dienst stellt es sich heraus, daß er gar nicht kapieren kann, was da vorgeht. Es ist doch sehr leicht, durch Erfindungen bei dem Arbeitsgeber u. s. w. solche Sachen zu vermeiden.

Wenn der Herr Kriegsminister übrigens gerade uns Sozialdemokraten Mangel an moralischem Mut vorwirft, so steht er damit wohl allein da.

Ferner hat der Herr Kriegsminister gemeint, es sei nicht der Fall, daß von militärischer Seite die Politik in das Heer getragen werde. Es handelt sich aber um die Neuerung, daß Juden und Sozialdemokraten Lumpen seien, und das nenne ich Politik treiben. Auch kann ich nur sagen, daß es einen großen Mangel an Takt- und Anstandsgefühl beweist, wenn ein Unteroffizier seine Stellung als Vorgesetzter in dieser Weise mißbraucht, um Leute wegen ihrer politischen Gesinnung zu beschimpfen. Ich kann mir nichts Gemeineres denken. Es hätte eine ganz andere Wirkung geübt, wenn der Kriegsminister hier erklärt hätte, daß er solche Dinge auf das Entschiedenste verurteile. Die Soldaten sind ohne Unterschied der Person, der Abstammung, der Religion zu behandeln, die Hauptsache ist, daß sie ihre Schuldigkeit thun und damit gut. Der Mißbrauch politischer Reden ist ja in der Armee weit verbreitet. Voriges Jahr sind Broschüren mit den heftigsten Angriffen auf die Sozialdemokratie doch gewiß mit Genehmigung der Heeresverwaltung zu Hunderttausenden verbreitet worden. Wenn ein solches Beispiel von oben gegeben wird, dann ist es nicht zu verwundern, wenn die Offiziere ihre Pflicht zu thun glauben, wenn sie auf die Sozialdemokraten schimpfen. Der Kriegsminister sagte, wir machten Versprechungen, die wir nicht einlösen und stellen Behauptungen auf, die wir nicht beweisen könnten. Er ist aber jeden Beweis für diese seine Behauptung schuldig geblieben. Wo habe ich denn was versprochen?

In der Schweiz ist es ganz unmöglich, daß ein Sozialdemokrat seiner politischen Gesinnung wegen von der militärischen Karriere ausgeschlossen wird. Bei uns genügt bekanntlich die Mitgliedschaft zur national-sozialen Partei, um jemanden aus der Stellung eines Referenten auszuscheiden.

Der Kriegsminister hat sich beschwert, daß ich ihm meine Broschüre nicht zugesandt habe, er wird sie wohl inzwischen erhalten haben. Die Schuld der Verzögerung liegt am Verlage, nicht an mir. Aber zu einer Verständigung werden wir auch auf Grund der Broschüre nicht kommen. (Heiterkeit.) Ich behaupte, aus militärischen Gründen könnte man zum Militärsystem kommen, aus politischen niemals.

Der Kriegsminister hat mich auch spöttisch zu behandeln versucht. Er sagte, nach meiner Theorie soll also die Armee zum größten Teil aus Kindern bestehen. Darüber war große Heiterkeit bei den Herren auf der Rechten, die diese Aeußerung jedensfalls für einen Witz hielten. Nun, der Gedanke der militärischen Jugendverziehung ist nicht meinem Kopfe entsprungen, ich habe ihn beim Studium der Materie gefunden. In der militärischen Reorganisation vom Jahre 1808, unter der die Namen Scharnhorst und Gneisenau stehen, heißt es u. a.: In der Schule muß mehr Mathematik gelehrt werden, weil diese Wissenschaft im Kriegsfall militärisch zu verwenden ist, in jeder Schule muß völlige Militärdisciplin herrschen, jede Schule soll ihren eigenen Exerziermeister haben, jede Schule soll eine besondere Compagnie bilden. Solche Ideen waren also schon am Anfang des Jahrhunderts zu Tage getreten. Wenn ich hier 90 Jahre später dafür plädiere, glaubt man mich mit solchen Behauptungen abhaken zu können. (Sehr richtig! links.) Den gleichen Gedanken, die Schule für die militärische Ausbildung heran zu ziehen, hat der berühmte General von der Goltz in seinem Buche über Gambetta und Freycinet nach 1871 Ausdruck verliehen, und mich bespöttelt man deswegen, der ich nichts anderes wie Herr von der Goltz vorgeschlagen habe. (Sehr gut! links.)

Der Kriegsminister hat ein sehr absprechendes Urteil über die Protokolle unserer Parteitage gefällt. Nun, Genosse Kumeri hatte recht, die Parteitagsprotokolle wird man noch in späteren Zeiten, wenn kein Mensch mehr an Rang- und Quartierlisten denkt, lesen und in ihnen die Werkzeuge einer großen Kulturbewegung sehen. Ob die Sozialdemokratie ihren Höhepunkt überschritten hat, wie der Kriegsminister sagte, wollen wir doch erst abwarten. Warum sucht man denn immer nach neuen Waffen gegen die Sozialdemokratie? Ich erinnere nur an die Vereinigungsverweigerung, an den Erlaß des Grafen Posadowsky, die fortgesetzten Reden gegen uns. Darin liegt doch ein sehr starker Widerspruch mit der Bemerkung vom Ueberfließen des Höhepunkts. Im übrigen finden ja nächstens die neuen Reichstagswahlen statt. Wir sehen diesen Wahlen mit voller Ruhe entgegen, ob die Regierung das auch thut, ist eine andere Frage.

Nun muß ich mich noch mit einigen Worten gegen den Generalauditeur Jitenbach wenden. Wenn der Herr Generalauditeur glaubt, er hätte mit seiner letzten Rede den Beweis erbracht, daß in Amerika härtere Strafgeseze herrschen als bei uns, so ist ihm das absolut nicht gelungen. Wenn der Generalauditeur gleich gesagt hätte, daß es sich um Geseze aus dem Jahre 1871 handele, so hätte er gar keinen Eindruck gemacht. Was hätte mir der Herr Generalauditeur geantwortet, wenn ich hier eine Beschreibung vorgebracht hätte und dann, von ihm zur Antwort genötigt, erklärt hätte, der Fall ist 27 Jahre alt. Das Haus wäre in stürmisches Gelächter ausgebrochen. (Sehr richtig! links.) So aber hat der Generalauditeur direkt von den in Amerika herrschenden Gesezen gesprochen, das heißt doch gegenwärtig herrschenden. Das Kugelschleifen an Ketten besteht noch gelehrt in Amerika, aber es ist, wie es in dem Verichte des Generalauditeurs lieber heißt, ganz außer Übung. Nun aber hat der Generalauditeur erklärt, auch unser altes preussisches Strafgesez vom Jahre 1845 sei humaner gewesen, als das jetzige amerikanische. Das alte Strafgesez von 1845 enthält das Kugelschleifen noch. (Abg. Jiskraut ruf: Alte Gesezichten, vor 50 Jahren.) Herr Jiskraut, Sie scheinen gar nicht zu wissen, warum es sich handelt? Haben Sie denn nicht gehört, daß ich das Jahr 1845 anführte? (Jiskraut: Sie haben ja vorhin selbst gesagt, man würde Sie auslachen, wenn Sie so alte Sachen vorbringen würden.) Ich habe solche Kugelschlepper selbst noch in Deut sehen. Im alten Strafgesez gab es auch noch Kattengefängnis. Auf diesen Ketten liegen zu müssen war eine furchtbare Strafe. Nach einer Durchsicht der Verordnungen des amerikanischen Hauptquartiers vom 20. Juni 1895 kann ich sagen, daß die Strafgeseze für das amerikanische Militär viel milder sind, als die deutschen. Und wenn die deutschen Militärstrafgeseze wieder einmal einer Revision unterzogen werden sollten, dann wünsche ich nur, daß man das angeblich inhumane amerikanische Gesez zum Muster nehmen möchte. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Goltz: In meinem Geschäftsbereich ist auch bezüglich der Vergütung von Sattlerarbeiten, Vorschrift, daß sich die Intendanturen über die Zuverlässigkeit der Lieferanten orientieren. Wenn das hier oder da nicht geschehen ist, so möge der Abg. Bebel die besonderen Fälle nennen.

Wo er seine Erfahrungen über Soldatenmißhandlung gesammelt hat, weiß ich nicht. Daß wir die Selbständigkeit der Soldaten unterdrücken, ist nicht wahr. Die Sozialdemokratie sucht aber jedes Vertrauen zu den Vorgesetzten zu unterdrücken, jede Autorität zu untergraben. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Soldaten das Vertrauen zu ihren Vorgesetzten verlieren, was sie nicht mehr, sich zu beschweren. Darin liegt die moralische Gefahr. Daß niemals ein Soldat wegen einer Beschwerde schikaniert worden ist, ist mir nicht bekannt. Die Vorwürfe des Abg. Bebel waren so allgemeiner Natur, daß ich nicht darauf antworten kann.

Nun hat mir der Abg. Bebel zwei Exemplare seiner Broschüre geschickt. Ich habe sie am Sonnabend durchgesehen, muß aber sagen, daß ich enttäuscht worden bin. In der Hauptsache ist es eine Sammlung von Citaten der verschiedensten Männer der verschiedensten Völker, verbunden durch die bekannten sozialdemokratischen Auslassungen. Sie scheint nur dem Zwecke zu dienen, aufzuwecken und zu entstellen. Der Titel „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr“ fiel mir auf. 1808 erschien eine Broschüre von Edmund Miller: Stehendes Heer oder Militärsystem? Dieser Titel hat wohl den Titel der Bebel'schen Broschüre beeinflusst. Miller, den Herr Bebel als Autorität citiert, kommt zu ganz anderen Resultaten. (Heiterkeit rechts.)

Die Flotte wird zum Gegenstand der ernstesten Angriffe gemacht. Ich habe an sich keinen Anlaß, über die Notwendigkeit einer Flotte zu reden. Das geschieht von berufenen und berechneter Stelle. Nur der Behauptung muß ich entgegenreten, als wenn die Landarmee den Mangel einer Flotte nie empfunden hätte. 1864 haben wir eine Flotte schwer erlitten. Mit einer Flotte hätten wir Zeit, Geld und Blut erspart. Wenn 1866 ein preussisches Geschwader sich mit der italienischen Flotte vereinigt hätte, wäre die Seeschlacht von Lissa nicht verloren gegangen. 1870/71 ist der Mangel einer Flotte noch schärfer zu Tage getreten. Frankreich hätte nicht so lange Widerstand leisten können, wenn wir ihm die überseeische Zusage hätten abschneiden können. Das wollte ich sagen, damit mein Schweigen nicht als Befähigung der Bebel'schen Aeußerungen über die Flotte aufgefaßt werden kann.

Der Verfasser August Bebel vergleicht dann die ganze Art der Führung Deutschlands in militärischer Hinsicht mit der Schnelligkeit eines Referentenmandats. (Heiterkeit rechts.) Er weist auf Nordamerika hin, das nur ein stehendes Heer von 25000 Mann hat, aber im Stande sei, über Nacht die stärkste Armee und Flotte aufzustellen. Das ist ein Märchen nicht aus einer Nacht, sondern aus 1001 Nacht. (Heiterkeit rechts.) Nordamerika braucht jährlich 180 Mill. M. für sein Militärheer, wir würden dem entsprechend jährlich 2780 Mill. M. nötig haben. (Heiterkeit rechts.) Es folgen im nächsten Titel einzelne Nachschläge. Als Zweck der Volksbewaffnung wird die Verteidigung des heimatländischen Bodens gegen srituale Angriffe bezeichnet. Das ist im wesentlichen auch der Zweck unserer Armee, nur daß sie diesen Zweck besser erfüllen kann, als die allgemeine Volkswehr.

Der Verfasser August Bebel behauptet aber, die Bourgeoisie brauche die stehende Armee gegen die moderne Arbeiterklasse. Er erteilt dann der Heeresverwaltung den Rat, den allgemeinen Wachtdienst zu beschränken. Dann greift er natürlich auch die jetzige Art der Uniform an.

Herr Bebel spricht dann näher über die Organisation der Volkswehr. Er fordert die körperliche Ausbildung der Jugend, auch des weiblichen Geschlechts. (Große Heiterkeit rechts.) Die ganze Sache soll gesetzlich geregelt werden. Jedensfalls würde das eine Dual für die ganze Bevölkerung werden. Der ganze Ausbildungsdienst soll nur wenige Monate dauern (Heiterkeit rechts), nur bei der Kavallerie und Artillerie etwas länger.

Die Kosten der Volkswehr hat der Verfasser sehr einfach berechnet. Er hat einfach das Militärbudget der Schweiz mit 17 1/2 multipliziert, und noch dazu ein Jahr genommen, das für die Schweiz sehr günstig, für uns sehr ungünstig abschloß. Wir hätten dann einen Auszug von 2 1/2 Mill. Mann, 1 1/2 Mill. Landwehr, 1 Mill. Landsturm, 3 Mill. Reserve, Summa 8 Mill. Mann. Dazu kommen 280000 Knaben bis 15 Jahre, 230000 bis 20 Jahre, 12000 Lehrer und Unterlehrer. Bei den Kosten kommen 100 Mill. M. an einmaligen Ausgaben für den Bau von Hallen und für Exerzierplätze für die Jugend in Ansatz. Die jährlichen Kosten berechnet Bebel mit 824 Mill. für das stehende Heer, 60 Mill. für die Jugendwehr, in Summa 885 Mill. M. Die Zahlen sind sehr ansehnlich. Unsere Mehrausgaben gegen die Schweiz betragen durchschnittlich 110 Mill. M. Was haben wir dafür an Borräten gesammelt, an Mitteln der Landesverteidigung, an Kasernen, Übungsplätzen geschaffen. Wir haben verhältnismäßig ausgezeichnet gewirtschaftet.

Der letzte Teil der Broschüre behandelt die Thaten des Volksherees in der neuesten Geschichte. Es wird behauptet, daß die Reorganisation des preussischen Heeres nach einer geschnittenen Niederlage erfolgt sei. In Wirklichkeit hat sie im tiefsten Frieden stattgefunden. Herr Bebel beruft sich auf Scharnhorst, nun, auf Scharnhorst beruht unsere ganze Heeresbildung. Er weist auf die Niederlage Englands im nordamerikanischen Freiheitskriege hin. Nun, wenn England vor 100 Jahren unsere Heeresorganisation gehabt hätte, hätte es unzweifelhaft gesiegt. Gambettas Erfolge sind auch nicht zur Empfehlung einer solchen Organisation zu benutzen. Wer da glaubt, daß die deutsche Kraft im Jahre 1870/71 erschöpft war, irrt sich. Wir hätten noch 400000 Mann neu schicken können, also eine größere Armee als Gambetta aufbieten können, wenn es nötig gewesen wäre. So aber konnten wir dem Volke die Opfer sparen.

Der Hauptgedanke der Bebel'schen Schrift ist: Die Reaktion hat zu ihrem Gegenpol die Revolution, d. h. die Umgestaltung von Grund aus. Wenn der Abg. Bebel meint, auf dem rein militärischen Gebiete könnten wir einig werden, nur auf politischem nicht, so bin ich nicht seiner Ansicht. Einen Kardinalpunkt hat er nämlich vergessen. Der Zweck der Armee ist, den Frieden zu erhalten. 26 Jahre ist dies gelungen. Deshalb hat die Nation die Opfer auf sich genommen. Auch für die Zukunft wollen wir ohne Systemswechsel in den bewährten Bahnen weiter gehen. (Beifall rechts.) Den Drohungen mit der Revolution setzen wir die größte Ruhe entgegen. Drohungen machen überhaupt keinen Eindruck auf uns. Herr Bebel benärgelt, daß vom inneren Feind gesprochen wird. Ein Gegner aber, der mit der Revolution droht, ist ein innerer Feind. Wir würden es ja tief bedauern, wenn es jemals dazu kommen sollte. Sollte es aber einmal nicht zu vermeiden sein, so werden wir zu dieser Entscheidung schreiten, ohne Hast, ohne Ueberstürzung, mit der Ruhe und Kaltblütigkeit, mit der wir unsere Schlachten gewonnen haben. Mit dieser Ruhe und Kaltblütigkeit würden wir auch gegen den inneren Feind vorgehen. (Bravo! rechts.) Und wenn Herr Bebel dann der Generalissimus dieses Feindes

wäre, so kann ich von meinem Standpunkte aus seine Truppe nur bedauern. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soj.): Die Antwort an den Herrn Kriegsminister überlasse ich meinem Freunde Bebel. Ich glaube, es wird ihm nichts geschenkt werden. (Lachen rechts.) Ich möchte aber dem Herrn Generalauditeur Jitenbach noch einen kleinen Gefallen erweisen, indem ich ihm die Ausführungsverordnung des amerikanischen Militärstrafvollzuges vom 20. März überreiche. Ihm war es trotz aller Bemühungen nicht gelungen, in ihren Besitz zu kommen, uns Sozialdemokraten dagegen hat dies nicht die geringste Schwierigkeit gemacht. (Heiterkeit.)

Der Herr Kriegsminister also hat in Bezug auf die Ausführungen meines Parteigenossen Kumeri gesagt: „Ich würde aber doch dringlich bitten, mir das nähere Material, auf dem diese Anschuldigungen beruhen, zu geben, damit die Sache untersucht werden kann. Solche Anschuldigungen sind wohl sehr leicht gemacht, aber damit ist nichts bewiesen.“ Ich bitte umso mehr um das Material, als ich ähnliche Erfahrungen vor kurzem in der Budgetkommission gemacht habe. Auch da wurde jemand von einem der Herren „Genossen“ — in Ausführungszeichen — unter Nennung des Namens angegriffen. Auch in diesem Falle habe ich um das Material gebeten und mich sofort bereit erklärt, die Wahrheit festzustellen; hier wurde mir aber geantwortet: ich habe es gehört, verbürgen kann ich es nicht.“ Der betreffende war Genosse Meister. Der Herr Kriegsminister hat nicht das allergeringste Recht, den Namen „Genosse“, der in unserer Partei als Ehrenname dient, in höhnischer und spöttischer Weise zu gebrauchen, wie das im stenographischen Bericht zum Ausdruck kommt. Was würde er sagen, wenn wir die Offiziere als „Kameraden“ in Ausführungszeichen bezeichnen wollten. Wir treten dem Herrn Kriegsminister gegenüber lediglich als Volkstvertreter, als Abgeordnete auf und ich meine, der Herr Kriegsminister hat das Maß von Achtung vor den Abgeordneten zu wahren, welches der Ruf, dem sie folgen sind, verlangt. (Unruhe rechts.) Und etwa vertraulich so zu nennen, hat der Herr Kriegsminister keine Veranlassung, so stehen wir nicht zu einander. (Heiterkeit.) Zu höhnischen und spöttischen Bezeichnungen aber (Unruhe rechts, Glocke des Präsidenten) hat der Herr Kriegsminister kein Recht und wir verbitten uns das, Herr Kriegsminister. (Lautes Lachen rechts.) Ja, meine Herren, der Ausbruch Ihrer Heiterkeit ist ja nicht weiter als das Zeichen Ihrer Verlegenheit. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten, Lachen und Zurufe rechts.) Darüber kann gar kein Zweifel sein, das was wir hier zu vertreten haben, steht viel zu hoch, als daß von Räten der verbündeten Regierungen auch nur mit einem Ansehne von Recht die Dinge, die wir hier vorbringen, dadurch diskreditiert werden können, daß sie Bezeichnungen gegen uns wählen, die aus ihrem Munde Spott und Hohn bedeuten sollen. So unüberwindbar wir gegen derartige Angriffe sind, so wenig haben Sie über diese Ausführungen zu lachen, sondern müßten mir dankbar sein, wenn Sie sich des Crinites bewußt wären. (Lachen rechts.) Wie der Herr Kriegsminister zu uns persönlich steht, ist uns absolut gleichgültig. Wir wollen, wir verlangen nichts von ihm, er hat uns auch nichts zu geben. Hier aber sind wir als Volkstvertreter und die Volkstvertretung darf sich nicht gefallen lassen, daß ein Teil von ihr in dieser Weise angegriffen und behandelt wird — wir wenigstens lassen es uns nicht gefallen. (Beifall Bravo! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.)

Abgesehen von dieser Aeußerung habe ich noch einige Worte zu dem Falle aus der Budgetkommission, den der Kriegsminister angeführt hat, zu sagen. Er hat gemeint, er hätte sich bereit erklärt, die Wahrheit festzustellen, es sei ihm aber geantwortet worden: ich habe es gehört, verbürgen kann ich es jedoch nicht. Und aus diesen Worten sucht der Kriegsminister es so darzustellen, als ob ihm nun jedes Material zur Untersuchung dieses Falles gefehlt habe. Das ist nicht richtig, Herr Kriegsminister: wir hätten von Ihrer Loyalität erwarten dürfen, daß Sie die Vorgänge in der Kommission der Wahrheit gemäß hier darstellten. (Große Unruhe rechts.) Der Vorfall knüpfte sich an eine Aeußerung meines Freundes Meister, der im Anschluß an ein Vorkommnis im Provinzialamt Hannover, das übrigens durch die Untersuchung der Militärbehörde als vollkommen erwiesen gelten muß, die Bemerkung knüpfte, daß ein Armeelieferant in Hannover, Namens Frank, wegen Unregelmäßigkeiten von der Lieferung ausgeschloffen sei; dieser Frank habe nun seinen früheren Lagerhalter, einen Herrn Meier, mit der Lieferung beauftragt und sei durch diesen Coup nun doch in der Lage, die Lieferung zu machen. Meister hat nun allerdings hinzugefügt: mir ist diese Thatsache mitgeteilt, verbürgen kann ich sie nicht. Hieraus hat der Kriegsminister durchaus mit Unrecht von Meister weiteres Material verlangt, bevor weitere Untersuchung erfolgen könne. Ja, was für Material kann er noch verlangen? Die Personen sind genannt, der Fall bezeichnet. Nun hat er zu unterzuchen. Statt dessen hat er die Glaubwürdigkeit eines meiner Freunde hier in Reichstagslage zu diskreditieren versucht, ohne den Fall, so wie ich es gethan, näher mitzuteilen. Das habe ich als nicht loyal bezeichnet, und ich hoffe, daß es der Kriegsminister in der Folge unterlassen wird. (Unruhe und Zurufe rechts!) Jedensfalls werden wir auch in Zukunft im Hause die Dinge mitteilen, die uns mitgeteilt sind und von denen wir annehmen können, daß sie richtig sind. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Goltz: Ich stelle nur Untersuchungen an, wenn irgend ein Anlaß vorliegt; das war hier nicht der Fall. Es ist ein Mann einfach angeschuldigt worden, solches Mehl gestiftet zu haben, aber der Abg. Meister hat diese Anklage nicht mit seinem Namen bezeichnen wollen. Eine derartige Anschuldigung nennt man Klatsch. Auf Klatsch gehe ich nicht ein.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): In dem Fall, um den es sich da handelte, war das Mehl zwar krumm, das Brot aber ganz vorzüglich. Der Abg. Meister hat also seine Behauptung nicht beweisen können.

Abg. Singer (Soj.): Es handelte sich bei dem, was mein Freund angeführt hat, gar nicht um Mehl, sondern um einen zweiten Fall; da hat mein Freund Meister Namen genannt, das Material also überreicht. — Was die Auslassung des Kriegsministers über Klatsch anlangt, so müßte nach seiner Logik jede Anklage eines Staatsanwalts, die sich als unbegründet erweist, als Klatsch bezeichnet werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) erklärt, daß der Abg. Meister für seine Behauptungen in der Kommission feierlich Zeugen genannt habe.

Vizepräsident Dr. Spahn: Abg. Singer hat vorhin dem Kriegsminister vorgeworfen, er sei nicht bei der Wahrheit geblieben; in dem Zusammenhang, wie diese Aeußerung gefallen ist, erkläre ich sie für parlamentarisch unzulässig.

Abg. Kumeri (Soj.): Der Herr Kriegsminister hat Verwunderung dadurch erregen wollen, daß er von den großen Ausgaben sprach, die das Militärheer erfordern würde. Er vergißt, daß das stehende Heer Milliarden auf Milliarden verschlungen hat. Und wenn er meint: das sei zum Schutze der Nation notwendig gewesen, so meinen wir: das ist nur zur Knechtung der Nation geschehen. (Beifall links.)

Inventur-Räumungs-Verkauf - Conrad Grau
 Petersstrasse 9 und Johannisplatz 45.
Schluss Sonnabend den 26. Februar.

Der sächsische Militärbefehlshaber hat meine „hebeligende“ Neuerung zurückgewiesen, aber wir wollen erst noch sehen, ob mit Recht. In dem Gefängnis, von dem ich sprach, sind die Gefangenen von den Vorbesetzten unter Mißbrauch ihrer Anwesenheit zur Sabbatschöpfung gezwungen worden.

Meine Neuerungen über die Sonntagsruhe hat der Kriegsmi- nister mit dem Hinweis auf die kaiserliche Verordnung abzu- thun versucht. Aber einmal bezieht diese sich nur auf die kirchliche Seite der Sonntagsruhe, sodann werden solche Verordnungen von selten der höheren Offiziere oft genug durchbrochen; das zeigt sich ja auch bei den Soldatenmüßiggängen.

Sächsischer Kriegsminister Graf Bismarck v. Goltz weiß nochmals die Beschuldigungen des Abg. Kunert gegen die sächsische Militärgefängnisverwaltung zurück. Er wiederholte, daß die Schul- digen gerichtlich zur Verantwortung gezogen worden seien.

Generalmajor v. D. Boeckh stellt fest, daß die Schlüsslerungen des Abg. Kunert über die Arbeiterverhältnisse bei den Militär- werksstätten in Spandau unrichtig sind. Seitens der Militär- verwaltung geschah alles, um die Arbeiter gegen Schäden zu schützen, die Löhne seien angemessen.

Generallieutenant v. Viebahn erklärt, den Soldaten werde Sonntagsruhe eingeräumt, soweit es irgend mit den dienstlichen Rücksichten vereinbar sei. Daß in einem so großen Organismus wie der Armee einzelne Verstöße vorkämen, sei allerdings nicht zu vermeiden, es werde dagegen aber mit aller Strenge eingeschritten.

Abg. Bebel (Soz.): Was die letzten Neuerungen des Generallieutenanten anlangt, so möchte ich nun doch befehlen, daß keine Gefangenen mehr in das Fort gelegt werden. Der Generallieute- nant hat selbst zugegeben, daß die Entwicklung von Malaria be- günstigt wird.

Die Arbeiterentlassungen halten wir für ungehörig. Die Arbeiter sind nicht einmal politisch, sondern nur gewerkschaftlich thätig gewesen, und das ist ihr gesetzlich gewährleistetes Recht.

Der Kriegsminister ist sodann noch in sehr ausführlicher Weise auf meine Militärprophie eingegangen. Er hat aber alles, was er vorgebracht hat, so sehr aus dem Zusammenhang heraus- gerissen, daß man glauben mußte, ich hätte den reinsten Unsinn geschrieben.

Die Vorschläge, die ich gemacht, sind geeignet, unsere Schlag- fertigkeit zu erhöhen. Aber es ist Thatsache, daß man jeden Vor- schlag, er mag noch so vernünftig sein, einfach zurückweist, bloß weil er von Sozialdemokraten kommt. Und wo hat er das in meiner Schrift gelesen, was er über den gewaltthätigen Umsturz gesagt hat? Freilich, wer so citiert, der kann beweisen, daß ich von der blutigen Revolution gesprochen. Im Zusammenhang ist aber davon keine Rede.

Abg. Schall (kons.) kennt die Verhältnisse in den Militär- werksstätten seit langen Jahren aus eigener Anschauung. Die Arbeiter seien durchaus zufrieden. Die Werksstätten seien Muster- anstalten im wahrsten Sinne des Wortes. Kein Privatmann könnte das leisten, was z. B. an Arbeiterschutz von selten des Staates in Spandau geboten werde. Auch in dem Militärgefängnis in Spandau herrsche durchaus musterhafte Ordnung.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Wenn die Militärverwaltung Arbeiter entlasse, die sozialdemokratische Agitation trieben, so thue sie einfach ihre Pflicht. Solche Arbeiter gehörten nicht in königliche Werksstätten. Wenn von den Vertretern des Bundesrats der Sozial- demokraten gegenüber manchmal ein Ton angedrungen werde, der Herrn Singer nicht passe, so trage er und seine Partei die Schuld daran. Er selbst habe ja dem Minister heute vorgeworfen, er sei nicht bei der Wahrheit geblieben, und neulich habe man den Grafen Pobadovsky einen Commis nennen hören. Das sei doch ein Ton, der ihnen gegenüber noch nie angeschlagen worden sei.

demokraten seien nicht einmal berechtigt, hier im Hause zu sitzen. Sie bezögen ja ungeländertenmüßigen Diäten aus Privatmitteln und verlegen damit die Verfassung. Verbitte sich Abg. Singer die An- wendung der Bezeichnung „Genosse“ seitens des Bundesrats, so verbitte er es sich, von den Sozialdemokraten als „Kollege“ be- zeichnet zu werden. Dem Kriegsminister müsse man aber dankbar sein, wenn er den Sozialdemokraten gegenüber die Interessen der Armee mit aller Entschiedenheit vertritt.

Abg. Bebel (Soz.): Ich habe dem Kollegen v. Stumm (Heiter- keit) nicht die Verkünder meiner Broschüre empfohlen. Der Kollege (Heiterkeit) Frhr. v. Stumm braucht ja nichts mehr zu lernen. Er bringt dieselben Sachen hier zwanzig- dreihundertmal vor. Auch die Diätenfrage hat er hier schon viele Male vorgebracht. Fürst Bis- marck hat ja wegen der Diäten Prozesse geführt, seine Nachfolger sind anständig gewesen. Wenn Herr Kollege v. Stumm Reichs- ratler wäre, so würde ich nicht daran, daß er die unanständige Handlungsweise des Fürsten Bismarck wiederholen würde. Kollege v. Stumm sagt, Sozialdemokraten gehören nicht in eine königliche Werkstatt. Daß sie keine Steuern zahlen dürfen, nicht dienen sollen, das hat er nicht gesagt. Das wäre einmal etwas Neues gewesen. (Große Heiterkeit.) Auf Grund dieser Pflichten nehmen wir aber auch Rechte in Anspruch. Den Kollegen v. Stumm ärgert der rote Kalender wieder. Wir werden ihn ihm zu Liebe als förmlich heraus- geben (Heiterkeit) und ihn soviel wie möglich weiter zu ärgern suchen. Herrn Abg. Schall möchte ich erwidern, er sprach von den un- sauberen Wellen der Sozialdemokratie. Ich hoffe, diese unsauberen Wellen werden ihn bei den nächsten Wahlen aus dem Reichstag fortzuschwimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kunert (Soz.) polemisiert noch einmal gegen General v. D. Boeckh. Die Festungsverhältnisse lassen nicht nur in Beschlos- sungen, sondern auch anderwärts, z. B. in Ulm, zu wünschen übrig. Der sächsische Bevollmächtigte hat mir in Bezug auf die Verhältnisse des Dresdener Militärgefängnisses keine Thatsache bestritten können. Was die Spandauer Verhältnisse anlangt, so hat mich General v. D. Boeckh nur in Kleinigkeiten berichtigt können. Im großen und ganzen entsprechen die Angaben des Vorwärts vollständig der Wahrheit. Die Neuerungen des Pastors Schall waren so, wie ich sie von ihm erwartet habe. Mit dem frommen Augenanschlag ist es aber nicht getan.

Die Diskussion wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Vegien (Soz.): Herr v. Stumm hat behauptet, ich hätte die Gewerkschaften als Vorschule für die Sozialdemokratie bezeichnet. So lange mir Herr Stumm nicht nachweist, wo und wann ich solch einen Ausdruck gegeben habe, muß ich seine Behauptung für tendenziös erklären.

Abg. Singer (Soz.): Der Kollege Frhr. v. Stumm hat sich über den Ton beklagt, den ich hier angeschlagen habe. Er ist der letzte, von dem ich Bekehrungen über den Ton entgegennehmen kann; denn seine Tonart dürfte in keinem Lehrbuch für den Umgang mit Menschen Aufnahme finden. Wenn er sagte, wir hätten kein Recht, hier im Reichstage zu sitzen, so hat er ja nur einen Ausdruck des fürstlichen Bismarck nachgesprochen. Was die Diäten anlangt, so können wir nicht wie Herr v. Kardorff unter die Gründer gehen, um uns für die entgangenen Diäten schadlos zu halten. (Anruhe rechts. Sehr wahr! links.) Wenn Herr v. Stumm dem Kriegs- minister den Rath gegeben hat, uns gar nicht zu antworten, so hätte er selbst diesen Rath befolgen sollen, ein Verlust für den Reichstag wäre daraus nicht entstanden. (Heiterkeit.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Ich habe mich über den Ton des Herrn Singer nicht beklagt, an den bin ich gewöhnt. (Heiterkeit rechts.) Ich habe nur gesagt, der Abg. Singer habe kein Recht, sich über den scharfen Ton des Kriegsministers zu be- klagen. Was nun den Genossen Bebel anlangt (Große Heiterkeit), so habe ich nur von Agitatoren der Sozialdemokratie gesprochen, die nicht in königlichen Werksstätten Arbeiter sein dürfen. Auf die Armee habe ich die Konsequenz nicht gezogen, da ich glaube, daß diese jugendlichen Leute noch auf den richtigen Weg gebracht werden können.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Der Abg. Singer hat eine sehr gebihrige Bemerkung gegen mich hier von Jaune gebröchen. Ich erwidere ihm, daß ich stolz bin, an der Entwicklung der Industrie mitgewirkt zu haben. Ich kann nur dadurch alle diese Fragen mit beantworten. Herr Singer sollte doch anderen Leuten nicht vorwerfen, wie sie ihr Vermögen erworben haben, er sitzt selbst im gläsernen Hause.

Abg. Schall (deutschkons.) erwidert dem Abg. Bebel, daß er nicht mehr zum Reichstage kandidieren werde, deshalb auch nicht fortgeschwemmt werden könne.

Abg. Singer (Soz.): Soweit ich Vermögen habe, habe ich es mir auf christliche Weise, nicht durch unsaubere Gründungen erworben.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Diese Erwiderung war nichts als eine jübische Unverschämtheit. (Große Bewegung.)

Präsident v. Buel: Das war eine Beleidigung, die ich ernstlich rügen muß.

Abg. Singer (Soz.): Der Gründer der Laurusbütte kann mich nicht beleidigen. Die Neuerung des Abg. v. Kardorff war nichts weiter als eine junkerliche Flegelerei. (Große Bewegung.)

Präsident v. Buel: Auch diese Beleidigung muß ich rügen. Ich meine der persönlichen Bemerkungen sind genug gewechselt. Ich möchte das Wort nicht weiter erteilen.

Abg. v. Kardorff: Ich bitte ums Wort, ich bin beleidigt worden.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Der Abg. Singer irrt, ich habe die Laurusbütte nicht gegründet.

Der Berichterstatter Abg. Graf v. Moon (deutschkons.) kon- statiert unter Heiterkeit des Hauses, daß der Titel Gehalt des Kriegsministers in der zweitägigen Debatte von keiner Seite angefochten worden sei.

Der Titel Kriegsminister wird hierauf bewilligt, ebenso beabtetlos die übrigen Titel des Kapitels Centralverwaltung. Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. (Fortsetzung des Militär- etats.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Aus dem Landtage.

r. Dresden, 21. Februar. Sechzehn Kapitel des ordentlichen Etats waren heute in der Zweiten Kammer zur Erledigung auf die Tagesordnung gesetzt, und eins davon, Ministerium des Innern, wurde in vierstündiger Sitzung erledigt. Wie immer, so brachten auch diesmal die sozialdemokratischen Vertreter bei dieser Gelegenheit eine Reihe Beschwerden vor. So wies der Abg. Gold- stein in längerer Rede sehr treffend auf die Nichtbefolgung der ministeriellen Anordnungen in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsgesetz durch die Unterbehörden hin. Er suchte ferner an der Hand der Landtagsakten aus dem Jahre 1849 nachzuweisen, daß die Auslegung dieses Gesetzes, wie sie heute besteht, in Widerspruch mit den Motiven des Gesetzes stehe. Die Behörde habe nicht das Recht, so grundlos Versammlungen von vornherein zu verbieten, sondern sich durch Ueberwachung von Versammlungen erst zu überzeugen, was dort vorgehe. Man hat Mal- und März- feiern ohne weiteres verboten. In Weiden verbot man eine Ver- sammlung des Leservereins, in der über Goethes Faust recitirt werden sollte. Eine Vassalfesterei wurde aus dem Grunde verboten, weil Vassalle behauptet hat, alle Rechtsfragen seien in letzter Instanz Nachfragen, und weil er, der jetzt über 30 Jahre tot ist, einmal bestraft wurde. Bebel durfte in Meerane wegen seiner angeblich wasserlandschaftlichen Festigung nicht reben. Gegenstand eines Schubwachtstreiks in Leipzig mußte in einer Versammlung aus einer Resolution ein Satz, der das Benehmen von Streikbrechern verurteilte, gestrichen werden. Der Brigadier Rostmann löste Ver- sammlungen auf, weil sie ihm zu lange dauerten, und weil ein Wort von der französischen Revolution fiel. In Leipzig wurde eine Ver- sammlung aufgelöst, in der der König von Siam kritisiert wurde.

Redner weist dann noch an der Hand von thatsächlichen Material auf die Ueberretung des § 24 des Vereinsgesetzes seitens bürger-licher Vereine, ohne daß diese bestraft wurden, auf die „groben Ungehörigkeiten“ und auf die Internierung Rosenows in Chemnitz hin. Er empfiehlt schließlich unter allgemeiner Beifall der Abgeordneten und der Regierung die Beibehaltung der Broschüre als Informationsmittel für die Minister von Wegsch und einige Regierungsräte hatten übrigens die Broschüre vor sich liegen.

Nach diesem hielt der Abg. Rubell aus dem Pflaumschen Grunde seine große Boykottrede, die er letztlich nicht halten konnte. Er fragte den Minister, ob die Staatsregierung nicht geneigt sei, den durch Boykott geschädigten Wirten Staatsunter- stützung zu geben. Versammlungen sollen nach seiner Meinung lieber von vornherein verboten werden, damit durch eine Auflösung die Teilnehmer nicht aufgeregt werden. Frauen und „Jüngens“ gehörten nicht in Versammlungen. In den Versammlungen werde nur dummes Zeug geredet.

Abg. Frähdorf, mit höhnischen Ab-Rufen der Rechten empfangen, führte zunächst in fastkaiserlicher Weise Herrn Rubell gründlich ab. Er bekam auch sofort wieder, weil er die Maß- nahmen von behördlichen Organen Erbärmlichkeiten nannte und das verfassungsmäßige Zustandekommen des Landtagswahlrechtes in Zweifel zog, zwei Ordnungsrufe. Sehr treffend führte er an, daß der frühere Wirt der Roten Schänke deshalb bankrott wurde, weil ihm die Behörde die jahrhundertlang auf diesem Lokal ruhende Tanzkonzession ganz grundlos verweigerte. Redner fragte dann an, wie sich die Regierung in Zukunft zu dem Vorgehen der ärztlichen Bezirksvereine stellen werde, und ob die Gastwirte — wie dies mehrfach der Fall sei — von der Behörde gezwungen werden können, die Steuerrentenlisten öffentlich in Gastzimmern auszuhängen.

Minister v. Wegsch beantwortete diese letzteren Anfragen so- fort dahin, daß die Regierung nach wie vor die ärztlichen Bezirks- vereine — vor allem in Bezug auf ihre Vorgehen den Krankenassen gegenüber — in gewisse Schranken weisen werde. Die Steuer- rentenlisten dürften nicht öffentlich ausgehängen werden, es würde dementsprechende Anweisung an die Behörden ergehen. Für boykottierte Gastwirte könne keine staatliche Unter- stützung gegeben werden, außerdem die Wirte verarmten gänzlich. Auf die Goldsteinschen Ausführungen wußte der Minister weiter nichts zu erwidern, als daß er auf die bekannnten Verord- nungen in Bezug auf die Auslegung des Vereins- und Versamm- lungsgesetzes und in Bezug auf die Flugblattangelegenheit auf richterliche Entscheidungen verwies. Das, was Goldstein aber gerade wissen wollte, warum nämlich die Unterbehörden ministerielle Ver- ordnungen nicht beachten, darauf sagte der Minister nichts weiter, als daß er die Behörden wie früher schon ausdrücklich in Schutz nahm. Längere Ausführungen machte er in Bezug auf das Koalitionsrecht der Arbeiter. Er vertat da die in Mode gekommene Anschauung, daß die Arbeiter ein Privileg haben und einen Koalitionszwang ausüben könnten. Er führte Fälle von Leipziger Mauerstreik an, wo Streikbrechern Fenster mit Steinen eingeworfen worden sein sollen, und ähnliches. Der Minister stellte weiter die sehr geistreiche Behauptung auf, daß das Zurückhalten von der Arbeit im Grunde eben auch nur eine Bekehrung des Brotes, wo gegen sonst die Sozialdemokraten so sehr eiferten, bedeute. Man verweise die Arbeiter in den Versammlungen wohl auf ihre Rechte, aber nicht auf ihre Pflichten. (Zuruf: Thun wir auch.) Den gegen die auf Untergrabung des Staatswesens gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie werde die Regierung auch stets die schärfsten Maßregeln entgegenzusetzen.

Diesen Ausführungen gegenüber griffen nochmals die Abgg. Horn und Goldstein sehr wirksam in die Debatte ein. Letzterer stellte besonders fest, daß sich heute der Minister ausdrücklich auf Seite der Besitzenden gestellt habe. In Bezug auf Verbreitung von Flugblättern sei es anderen unbedenklich erlaubt, allerdings Schand- traktraktanten zu verbreiten; die Arbeiter habe man schon bei den ersten drei Schritten beim Stragen, sie könnten noch so „manierlich“ auf- treten. Herr v. Wegsch bestritt den Vorwurf der Arbeiterfeindschaft. Abg. Oppig hielt wieder eine seiner regierungstreifigen Reden. Das Ministerium des Innern befinde sich jetzt in vorzüg- lichen Händen. Nehlich ließ sich Abg. Reihammer aus. Es sei eigentlich an der Zeit, Unternehmerzuschüsse zu machen. Die Arbeiter würden von den Sozialdemokraten vergiftet zc. Durch einen Schlufsantrag wurde dem Abg. Goldstein das Wort abgebrochen. Abg. Hofmann nannte das eine Vergewaltigung und erhielt dafür einen Ordnungsruf.

In seinem Schlufswort vernichtete nunmehr der Abgeordnete Dr. Mehnert noch einmal die Sozialdemokratie. Vor allem eine Neuerung Frähdorfs über patriotischen Wöhring war ihm auf- gefallen. So etwas gäbe es nicht. Im Ubrigen öffnete er seiner Citatenfackel wieder, um an Neuerungen Bebel's auf dem Hamburger Parteitag und an einer in der Neuen Zeit vertretenen Ansicht die Parteilosigkeit der sozialdemokratischen Partei zu beweisen. Die Ob- jektivität der Beamten des Sozialdemokraten gegenüber müsse man bewundern. Ihnen gebühre Dank von oben bis unten. Das Kapitel „Ministerium des Innern“ wurde bewilligt.

Der Zola-Prozess.

Paris, 21. Februar.

In der Umgebung des Gerichtsgebäudes haben sich, da es regnet, nur wenige Neugierige eingefunden. Das Eintreffen der Offiziere ruft keinerlei Zwischenfall hervor. Zola wird von einigen Personen mit Pfiffen empfangen. Die Wandelgänge sind wenig belebt, der Sitzungssaal dagegen ist wieder überfüllt. Wenige Minuten nach 12 Uhr wird die Sitzung eröffnet, der Generalstaatsanwalt van Cassel beginnt sein Plaidoyer. Er sagt mit einer wunderbaren Unverfrorenheit von einem Manne von Weltruf wie Zola: „Ein Mann, der Verfasser mehrerer Romane ist, die seinen Namen bekannt gemacht haben, hat in einer Zeitung einen Artikel mit der Ueberschrift: Ich klage an veröffentlicht, und die Zeitung und der Schreiber des Artikels haben sich nicht gekümmert, die erstaunliche Beschuldigung in die Welt zu schleudern, ein Kriegsgericht habe einen Schuldigen auf Befehl freigesprochen.“

Demgegenüber rufe er aus: „Wir weisen diese Infamie, die Sie uns ins Gesicht schleudern, zurück; Sie müssen uns sagen, welches der Preis dieses Verrates gewesen ist, wo der Befehl für das Urteil und den Freispruch ist, Sie müssen ihn uns zeigen, diesen Befehl. Sie haben es aber nicht getan und könnten es nicht thun. (Bewegung.)“ Mirstraken Sie, meine Herren Geschworenen, den großen Phyaen, die zu oft der Mangel an Beweisen verdecken; hier sind Ideen nötig, aber keine hochtönenden Worte. In einer zu ersten Angelegenheit muß der Angriff durch Thatsachen gerechtfertigt werden, durch Beweise, die beizubringen man nicht einmal den Versuch gemacht hat. Welch unerträglich Lage ist hier Offizieren und Generalen von ihren schamlosen Beleidigern bereitet worden! Man hat hier durch eine Gesetzesverletzung eine Revision angestrebt, die zu machen nicht unseres Amtes war.“

Der Generalstaatsanwalt spielt nun auf die Aussagen des Offiziere und Generale an und kommt zu dem Schluß, seine persönliche Ansicht sei die, daß Esterhazy sich die in dem Vordereau enthaltenen Angaben nicht habe verschaffen können. Und daß das Vordereau also nicht von Esterhazy herrühre könne.

Der Generalstaatsanwalt geht nun auf den Ursprung der Affaire ein und spricht von der Campagne, die die Familie Dreysfus geführt habe, sowie von den Aeußerungen des Präsidenten

her Deputiertenkammer, des Kriegsministers und des Ministerpräsidenten in der Deputiertenkammer, wofür letzterer erklärt habe, diese Affaire sei gerichtlicher, nicht politischer Natur. Im Senate sei die Haltung der Regierung die gleiche gewesen, und die in beiden Häusern angenommenen Tagesordnungen bezeugten das Vertrauen des Parlaments in die Erklärungen der Regierung.

Der strebsame Regierungsklub wendet sich dann gegen die in der Anrede erhobene Anschuldigung, daß die Republik in Gefahr sei. „Wer solle im Ernste zu sagen wagen,“ fährt van Cassel fort, „daß in unserem Lande Offiziere daran denken, einen Angriff auf das Leben der Republik zu machen? Ein einziger hat es einst gewagt, und dieser mußte seine Zustucht zum Selbstmorde nehmen, mußte sich selbst beseitigen. Die Sorge um Gerechtigkeit ist nur der Vorwand gewesen, den Sie gemacht haben. Niemals wird in civilisierten Ländern gerichtliche Anarchie gestattet sein; das Revisionsverfahren ist einzig und allein das mögliche Rechtsmittel gegen die Ungeheuerlichkeit, von der man spricht. Bis zur Stunde aber ist, wie ich hiermit bezeuge, kein Schritt in dieser Richtung versucht worden. Mit dem Tode in der Seele hat der Kriegsminister sich entschlossen, einen des Betrags beschuldigenden Offizier vor Gericht zu stellen, und als er sich dazu entschlossen hatte, hat er ihn sieben anderen Offizieren, seinen Standesgenossen, überwiesen, die in voller Unabhängigkeit sich über das Schicksal eines Kameraden ausgesprochen haben; alle gesetzlichen Vorschriften sind zur Anwendung gekommen und respektiert worden.“

Der Generalsstaatsanwalt unterzieht nun die von Picquart in der Affaire gespielte Rolle einer Untersuchung, er sagt, mit vollem Rechte habe General Gonse in seinen Briefen den Untergebenen äußerste Vorsicht angeraten, wirft Picquart vor, er habe den Sinn eines der Briefe, auf die er sich vor Gericht zu stützen gedachte, entstellt, und verurteilt streng die Haltung Picquarts.

Der Generalsstaatsanwalt kommt auf die Frage der Rührlosigkeit zu sprechen und sagt, General Gonse habe es geglaubt, daß dieses Schriftstück nicht als Unterlage für eine Anklage gegen Esterhazy dienen könnte. Redner spricht dann von der Unbilligkeit, die über die Drehschiffaffaire trotz zwanzigjähriger Freundschaft zwischen Scheurer-Kestner und dem Kriegsminister bestiehe, sowie von der Ansicht des Senators Trarieux und sagt, Leblois habe die ersten Nachforschungen Scheurer-Kestners und Trarieux' irreführt. Das Schriftstück mit den Worten „diese Canaille von D.“ habe dem Clair nicht vom Kriegsminister mitgeteilt werden können. Von der Erklärung Thévenets, von der Existenz oder der Mitteilung eines geheimen Schriftstücks sei hier nicht zu sprechen, das komme hier nicht in Betracht. Was die Erklärungen Jaurès' anbetreffe, so seien sie wohlwollende Proben, von denen man nicht mehr verstehe, als von seinen Behauptungen, daß das geheime Schriftstück mitgeteilt worden sei.

Der Generalanwalt hält für „ausgemacht“, daß Leblois mit dem Obersten Picquart und in dessen Bureauzimmer das geheime Aktenstück durchsucht habe; er hält dies für erwiesen namentlich durch die wiederholten Versicherungen des Obersten Henry und des Archivars Grivelin.

Auf die Zuhörer scheint der langsame und eintönige Vortrag des Redners keinen besonderen Eindruck zu machen.

Die Vorwürfe anlangend, daß der Prozeß gegen Esterhazy bei verschlossenen Thüren oder vielmehr bei teilweisem Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt wurde, sagt der Generalanwalt, wenn bei einer Erwiderung das Ausland im Spiele sei, so müsse von Franzosen untereinander abgeurteilt werden. (Bewegung.) Der Ausschluß der Öffentlichkeit sei dann eine Notwendigkeit und es sei nur ein oratorisches Mittel, besser in einer öffentlichen Versammlung am Platze, als hier, wenn der Verteidiger Jolas dagegen protestieren konnte.

Jola habe in seinem Artikel auf die Auswahl der Offiziere des Kriegsgerichts hingewiesen. Diese Auswahl sei vor allem durch den Grad des Angeklagten bestimmt; die Grade seien verschieden: alle Waffen seien darin vertreten und ein Verdacht könne in Hinsicht auf ein derartig zusammengesetztes Kriegsgericht nicht entstehen. Diese Richter seien so vollkommen unabhängig gewesen, daß sie sich, nachdem sie zunächst über die Frage des Ausschlusses der Öffentlichkeit verschiedener Ansicht gewesen, alle in Verneinung der Schuldfrage vereinigt.

Das Inquisitionsverfahren der Verteidigung gegenüber Esterhazy gleiche, fährt van Cassel fort, dem Messer des Chirurgen, das im lebenden Fleische herumwähle. (Weißfall im Hintergrunde des Saales, was den Generalsstaatsanwalt zu dem Ausrufe veranlaßt: Ich bitte keinerlei Kundgebung zu machen, denn ich suche hier durchaus keine Wirkung bei den Zuhörern zu erzielen, ich spreche zu den Geschworenen und nicht zum Saale. Bewegung.)

Zu den Verteidigern gewendet, sagt van Cassel, sie hatten ihr Opfer klug ausgewählt. Geschworene, Richter und Kriegsgerichtsmitglieder, alle sprächen dasselbe Recht; jedermann teile die Ansicht des Generals Villot, der in der Kammer erklärte, er habe Vertrauen zu den 12 Bürgern, die berufen seien, in dieser Angelegenheit Recht zu sprechen.

Der Generalsstaatsanwalt wendet sich dann zu Jola, dessen Vorgehen er ein schlechtes nennt, das streng beurteilt werden müsse. Er huldice, sagt van Cassel, dem Talente nur wegen des Guten, das es schaffen könne, nicht aber, wenn es Argwohn ausstreue und zur Revolte führen könne!! Nein, fährt der Generalsstaatsanwalt fort, es ist nicht wahr, daß sich ein Offizier hat bereit finden lassen, den anderen ihr Urteil vorzuschreiben, nein, die sieben Offiziere des Kriegsgerichts haben nicht auf Befehl einen Freispruch gefällt, wie die Angeklagten zu behaupten gewagt haben. Ihr Wahrspruch wird ihre Lügen verurteilen, wir erwarten ihn mit Vertrauen. Sie werden verurteilt, ohne zu zögern. (Anhaltende Bewegung.)

Um 2 Uhr wird eine Pause gemacht. Im Saale herrscht völlige Ruhe.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung verliest der Angeklagte Jola eine Erklärung, wobei er sich der Zuhörer nähert. Er legt Verwahrung ein gegen die den 12 Geschworenen zugewiesene Aufgabe, die nationale Ehre zu retten und ihn zu verurteilen. (Lärm.) Er habe niemals die Armees beschnitten, wie man sagte; er habe vielmehr einen Alarmruf ausgestoßen und überlasse es der Geschichte, seine Handlungen zu würdigen. Diejenigen, die Frankreich entehrten, seien diejenigen, die die Armee: Es lebe die Armee! mit denjenigen: Nieder mit den Juden! vermischt und die es wagten: Es lebe Esterhazy! zu rufen — nach den Briefen, die dieser geschrieben. (Bewegung, Lärm.)

Jola fährt fort: Wenn ich hier stehe, so ist es, weil ich dies wollte, weil ich verlangte, vor Ihnen zu erscheinen, die Sie der Anstalt der Gerechtigkeit des Landes sind. Jola beklagt

sich, daß man ihm alles verweigert habe, und daß man die Jengen terrorisiert habe. Jhrewegen, fährt er, zu den Geschworenen gewendet, fort, habe ich jetzt die Wahrheit ans Licht bringen wollen, ohne Erfolg vielleicht, aber hier stehe ich vor Ihnen und Ihre Gerechtigkeit wird wachen.

Jola weist dann noch auf seine geringe Gewandtheit in den öffentlichen Angelegenheiten hin und fährt fort: Ihr Gedanke, den ich Ihnen im Gesicht zu lesen glaube, ist der: Nun ist es genug, es muß ein Ende gemacht werden. Ich verteidige meine Freiheit nicht, meine Herren; wenn Sie mich bestrafen, werden Sie nur dazu beitragen, mich zu erhöhen. Sehen Sie mich an, meine Herren, bin ich ein Verkäufer und ein Verräter? (Bewegung.) Ich bin ein freier Schriftsteller, der auf seinen Platz zurückkehren und seine unterbrochene Arbeit wieder aufnehmen wird.

Jola wendet sich sodann mit Entrüstung gegen die Angabe, daß er Italiener sei und ruft aus: Nein, ich verteidige mich nicht; nicht wegen meiner Freiheit bin ich in Sorge. Verurteilen Sie mich nur, wenn Sie wollen. Das wird ein Fehler mehr sein, es wird ein Samenkorn sein, das aufgehen und verhindern wird, daß Beschuldigung eintritt. Wenn das Land in unruhvoller Sorge ist, so liegt die Schuld an der obersten Gewalt, die, in der Hoffnung, einige Schulbige zu reiten, hat verhindern wollen, daß die Wahrheit an den Tag komme. (Unruhe.)

Das Leben unseres Volkes selbst ist in Gefahr, fährt Jola fort. In Ihnen, meine Herren Geschworenen, ist es, die Wahrheit über diese Angelegenheit auszusprechen und Gerechtigkeit wachen zu lassen. Jola spricht sodann davon, wie allen Völkern das Herz von diesem schmerzlichen Leiden bedrückt sei, das der Zweifel an der Schuld des Dreyfus entstehen ließ. Die Regierung, setzte er hinzu, der alles wohl bekannt ist, die wie wir von der Unschuld des Dreyfus überzeugt ist, wird dieses eines Tages kund thun und sie wird es bekannt geben, ohne irgend eine Gefahr zu laufen. (Anhaltende Unruhe.)

Vor der ganzen Welt, ruft Jola aus, schwöre ich es, daß Dreyfus unschuldig ist. Zu drei verschiedenen Malen wiederholt Jola diese Beteuerung von Dreyfus' Unschuld, während im Hintergrunde des Saales Murren und Pfeifen sich erhebt. Es wird ein Tag kommen, schließt er seine Rede, wo Frankreich mir dafür danken wird, daß ich seine Ehre gerettet habe. (Langanhaltende Bewegung, Lärm und Murren.)

Hierauf beginnt der Verteidiger Labori sein Plaidoyer. Unter allgemeiner Aufmerksamkeit der Zuhörerschaft ergreift der Verteidiger Labori das Wort. Mit beredten Worten leitet er seine Ausführungen ein und ruft mit vor Erregung zitternder Stimme, während man im Hintergrunde des Saales bereits zu protestieren anfängt: Ja, meine Herren, wir sind hier, um der Gerechtigkeit und des Rechtes willen! (Anhaltende Unruhe.)

Sodann erhebt Labori gegen die öffentlichen Gewaltigen den Vorwurf, daß sie, irreführt von ihren vergänglichen Interessen, sich erst nach den Wahlen mit der Dreyfus-Angelegenheit beschäftigen wollten.

Wieviel Senatoren und Deputierte giebt es noch, ruft er aus, die noch an der Unschuld Dreyfus' zweifeln? Die sind sehr gering an Zahl, das versichere ich Sie. Aber, meine Herren, die Wahrheit wird ohnedies an den Tag kommen. Die Wahlen dieses großen Landes dürfen nicht über einem Geheimnis und über Zweideutigkeiten vor sich gehen! (Unruhe im Hintergrunde.)

Sodann huldigt Labori allen jenen, die den Mut gehabt, ihre Handlungen mit ihren Gedanken in Einklang zu bringen: der geistigen Elite Frankreichs, Politikern und Journalisten, und unter diesen begrüßt er namentlich Madame Soverine, die an der Bank der Presse den Verhandlungen beiwohnt und, wie er sagt, uns mit ihren Artikeln der Mithilfe der edlen Frauen Frankreichs sichert, die das Samenkorn werden aussäen lassen, das alles zum Lichte und der Wahrheit hinzuziehen wird. Allen diesen gebührt Dank, denn sie werden einst Anspruch auf die Dankbarkeit des Vaterlandes haben.

In dem Teile seines Plaidoyers, der sich mit den Einzelheiten des Jola-Prozesses beschäftigt, sagte Anwalt Labori, wenn man den Angeklagten nicht erlauben wollte, ihren Beweis mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu führen, wenn man Licht und Wahrheit nicht zum Durchbruch kommen lassen wollte, so wäre es besser gewesen, man hätte diesen Prozeß nicht eröffnet.

Aber diese Taktik, setzte Labori hinzu, ist verständlich: Indem man uns verhindert, selbst einen Teil der Wahrheit herauskommen zu lassen, wird bewirkt, daß dieser Prozeß wie ein zweiter Stein auf den Verurteilten zurückfällt, der da unten auf der Teufelsinsel lebendig begraben ist. Und doch mußte ein Mann, der genug Autorität über andere hätte, diesen revolutionären Brief, wie man ihn hier bezeichnet hat, schreiben. Diese Revolution, die Jola begonnen hat, werden Sie, meine Herren Geschworenen, vollenden, indem Sie die Freisprechung aussprechen, die ich von Ihnen erbitte. (Lärm.)

Labori wandte sich sodann gegen den Ministerpräsidenten Méline, dem er vorwarf, gesagt zu haben, man könne die Geschworenen nicht über die Generale urteilen lassen. Sind denn die Generale, sagte Labori, über das gesetzliche Gewissen des Landes gestellt, wie Jaurès die Geschworenen genannt hat? Gibt es denn unentbehrliche Militärs und würde nicht für einen, der verschwinden sollte, dessen Kommandostab alsbald von einem anderen gleich würdigen ergriffen werden. Was redete man doch hier vor den Geschworenen von dem Vertrauen zu dem Heere! Wir alle haben das Vertrauen zu unserem nationalen Heere, und Jola, der die Wahrheit und das Licht gewollt hat, ist der erste, der dies Vertrauen teilt. Und sehr zu Unrecht hat man hier gesagt, er habe die Armee beschnitten; wenn er einen Alarmruf erhoben hat, so hat seine Vaterlandsliebe ihn zu dieser Handlungsweise getrieben.

Labori fährt fort: Viele sind seit 1894 bezüglich der Schuld des Hauptmanns Dreyfus in Unruhe verfallen. Labori führt einen Artikel Cavagnac an, der dieser Unruhe und dem Zweifel, der seit jener Zeit seinen Geist bedrängte, Ausdruck gab. Was anfänglich nur eine Besorgnis war, das wurde für manche bald eine Beklemmung, sagt Labori, so auch für mich. Als dieser Zweifel nun ganz laut geklopft worden war, trat der Clair dazwischen und veröffentlichte, um ihn zu beseitigen, den Artikel mit der Ueberschrift: Der Verräter, der ein wahrhaftiges Lügengewebe ist.

Ich weiß nicht bestimmt, von wem dieser Artikel herrührt, ich werde Ihnen aber gleich beweisen, daß er vom Generalsstab ausgegangen zu sein scheint, der auf diese Weise einen Keulen-schlag vollführen wollte, wie er auch hierher gekommen ist, um deren eine Anzahl auszuführen durch leere und hohle Behauptungen, die er nicht durch den mindesten Beweis gestützt hat.

So enthielt, fährt Labori aus, der Artikel des Clair die Worte: „Diese Canaille Dreyfus wird recht anspruchsvoll,“ während in dem Original-Schriftstück nur steht: „Diese Canaille D...“ etc. Einige Tage nach dem Erscheinen dieses Artikels traf der Verteidiger Dreyfus' Demange, einen alten Freund Salles, der ihm die erstaunliche Mitteilung machte, die bekannt ist: Ein Offizier, der zu dem Kriegsgerichte gehört hatte, sagte zu Salles, daß Demange, wenn er, wie die Mitglieder des Kriegsgerichtes, ein Schriftstück gesehen hätte, das man ihnen, während sie der Beratung pflegten, zugehen ließ, keinen Zweifel mehr an der Schuld seines Klienten haben würde. (Bewegung.) Der Verteidiger wendet sich gegen ein derartiges rechtschwidriges Verfahren und bemerkt, das von dem Syndikate verfolgte Ziel sei das, im Interesse der ganzen Menschheit zur Gerechtigkeit und zur Wahrheit zu gelangen. Das Syndikat der Ehrlichkeit und Ungeheimlichkeit, sagt er zu den Geschworenen, setzt die größte Hoffnung auf Ihren Scharfsinn. (Lärmendes Murren im Hintergrunde.)

Eine Stimme ruft: Wieviel hat man Ihnen bezahlt? (Lärm.) Labori wendet sich nach dem Hintergrunde des Saales und erwidert: Wenn wir Ihnen Geld gegeben hätten, so würden Sie uns applaudieren, anstatt uns zu unterbrechen unter Verletzung der Achtung, die Sie hier der Verantwortlichkeit schulden. (Lärmender Lärm.)

Labori verliest mehrere im Intendanten im März, Juli und September 1897 veröffentlichte Artikel, in denen General Saussier, der Chef des Generalstabes General Boisdeffre, die Abteilungen des Generalstabes sowie andere militärische Führer sehr hart mitgenommen werden. Andere von Labori citierte Artikel der Libre Parole und der Autorität enthielten lebhaft gegen die Armees und General Villot gerichtete Kritiken.

Nach der Verlesung ruft Labori: Da haben Sie die Stützen der Armees! Da sind sie, die die Armees ihres Landes nicht beleidigen! Ich kennzeichne sie Ihnen, meine Herren! Hat Jola so etwas gethan? Nein, meine Herren, er sprach scharf, aber er beleidigte niemand. Man nahm halbe Maßnahmen, man gab nur teilweise Licht, gestaltete nur teilweise Debatten; alles nur teilweise. Aber da ich die Aufgabe habe, Ihnen den Beweis von dem guten Glauben Jolas zu erbringen, so werde ich Ihnen das sagen, von dem man nicht gewollt hat, daß man es Ihnen sage, denn am Ende muß man nicht aus den Augen verlieren, daß Jola sich hier verteidigt. Ich werde alle diese Angelegenheit berührenden Thatsachen chronologisch zusammenfassen und werde mich bemühen, durch Veranschaulichungen und Schlussfolgerungen das zu ergründen, was ich nicht weiß.

Hier unterbricht der Präsident Labori mit der Aufforderung, sein Plaidoyer morgen fortzusetzen.

Nach dem Schlusse der heutigen Verhandlung spielten sich vor dem Gerichtsgebäude lebhafteste Scenen ab. Paul Deroulède, der frühere Präsident der Patriotenliga, wurde mit den Rufen: Hoch Deroulède! Hoch die Armees! begrüßt. Jolas Absahrt erfolgte unter Rufen: Nieder mit Jola! und Pfeifen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Dresden, 21. Februar. Der Verband deutscher Gasthofsgehilfen, der hier seinen Sitz hat, und der deutsche Kellnerbund hatten eine Delegation nach Berlin geschickt, die vor einigen Tagen dort dem Regierungsrat Koch ihre Wünsche vorgebracht hat. Diese Wünsche gehen dahin, von Gesetzes wegen einen halben Ruhetag in der Woche, Beschränkung der Nacharbeit für Lehrlinge und Mindestruhezeit von täglich acht Stunden für diese Berufe einzuführen. Regierungsrat Koch versicherte den Vertretern das Wohlwollen der Regierung; ein zu rasches Tempo in der sozialen Gesetzgebung sei aber nicht möglich. Darüber, ob das von dem früheren Minister von Verlesch versprochene Spezialgesetz für die Gastwirtsgehilfen ausgearbeitet und bald dem Reichstage vorgelegt werde, haben die Delegierten eine bestimmte Antwort nicht erhalten.

Die Buchdrucker haben gestern in einer Versammlung, in der sie zu den Beschlüssen der Gewerkschaftsversammlungen Stellung nahmen, die Konsequenzen ihres bisherigen Verhaltens gezogen. In einer Resolution haben sie ausgesprochen, daß sie sich von der allgemeinen Arbeiterbewegung trennen, daß sie keine Vertreter mehr in das Gewerkschaftsstatut entsenden wollen. Dadurch ist der Beweis erst voll erbracht worden, daß die Buchdrucker bisher in der Arbeiterbewegung das waren, als was sie in der Gewerkschaftsversammlungskommunikation bezeichnet wurden: nämlich unzuverlässige Mitläufer. Ueber den Schritt, den die Buchdrucker gethan, kann in aufgeklärten Arbeiterkreisen nur eine Ansicht herrschen: sie sind einen Schritt weiter gegangen in das Lager der Hirsch-Dunderianer, sie haben dadurch erklärt, daß sie mit der modernen Arbeiterbewegung nichts mehr zu thun haben wollen.

Borna, 21. Februar. Vor einiger Zeit hieß es, daß der bekannte Führer der sächsischen Agrarier, v. Frege, bei den nächsten Reichstagswahlen nicht wieder kandidieren werde. Nun soll er sich aber doch zur Wiederannahme einer Kandidatur bereit erklärt haben, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß er von allen sogenannten Ordnungsparteien als Kandidat aufgestellt wird. Hält Herr v. Frege sein Mandat nicht mehr für sicher? Bei den Wahlen im Jahre 1893 standen außer den 8300 sozialdemokratischen Stimmen den 10600 Stimmen, die für v. Frege abgegeben wurden, nur noch 2300 ordnungsparteiliche Stimmen gegenüber.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die Zuchtgenossenschaft für das Meißener Schwein in Meissen erstattet den Bericht über das 9. Geschäftsjahr 1897. Im abgeschlossenen Geschäftsjahre hat sich der Umsatz gegen das Vorjahr verdoppelt. Die Zahl der ordentlichen Genossenschaftsmitglieder beträgt gegenwärtig 54. Der Bestand an angeforderten Zuchtstieren, über die die Genossenschaft gegenwärtig verfügt, beträgt 58 Eber und 246 Sauen, zusammen also 304 angeforderte Zuchtstiere. Verkauft wurden im verfloffenen Geschäftsjahre 118 Eber, 129 Sauen, 296 Zuchtschweine und 142 Maststiere, zusammen 655 Tiere zum Gesamtpreise von 34556 Mk. — Die Beamtenkassette zu Kommissär I. S. beginnt nächste Ostern ihr neuntes Schuljahr. Seit Bestehen der Anstalt haben über 500 Schüler feste Anstellung gefunden. Die meisten der Zöglinge haben sich der mittleren Postbeamtenlaufbahn zugewandt. — Aus Freiberg wird gemeldet: Zwischen Halsbrücke und Rothenfurth ist ein männlicher Leichnam, mit Sand und Schlamm verbedt, aufgefunden worden. Man erkannte in demselben ein Opfer der vorjährigen Hochflut und zwar einen Hiltenerbeiter aus Halsbrücke. — Am Sonntag wurde bei einem Bäckermeister in Lößtau bei Dresden eine Menge Mehl bez. Bröthen beschlagnahmt, weil durch die am Morgen ausgegebenen sogenannten Dreierbröden eine große Anzahl Erkrankungen vorgekommen war und ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Es sollen 320 Personen erkrankt sein. Das betr. Mehl ist zur Untersuchung abgegeben worden, die jedenfalls das nähere ergeben wird.